



Geschäftsführung Rat

Frau Kramp

Telefon: (0221) 221-22061

Fax: (0221) 221-26570

E-Mail: Petra.Kramp@stadt-koeln.de

Datum: 30.03.2016

Niederschrift

über die **19. Sitzung des Rates** in der Wahlperiode 2014/2020 am Dienstag, dem **15.03.2016**, 15:40 Uhr bis 23:40 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Ratssaal

Anwesend waren:

Vorsitzende

Oberbürgermeisterin Henriette Reker

Stimmberechtigte Mitglieder

Akbayir, Hamide; Aymaz, Berivan; Bartsch, Hans-Werner Bürgermeister; Beckamp, Roger; Benthem van, Henk Bezirksbürgermeister; Bercher-Hiss, Susanne; Börschel, Martin; Breite, Ulrich; Brust, Gerhard; Bülow von, Brigitta; Bürgermeister, Eva Dr.; Ciesla-Baier, Dietmar; De Bellis-Olinger, Teresa; Detjen, Jörg; Dresler-Graf, Margret; Elster, Ralph Dr.; Erkelenz, Martin; Frank, Jörg; Frebel, Polina; Frenzel, Michael; Gärtner, Ursula; Gerlach, Lisa Hanna; Gordes, Birgit; Gutzeit, Walter Dr.; Halberstadt-Kausch, Inge; Hammer, Lino; Haug, Jochen; Hegenbarth, Thomas; Heinen, Ralf Bürgermeister Dr.; Henk-Hollstein, Anna-Maria; Heuser, Marion; Houben, Reinhard; Hoyer, Katja; Jahn, Kirsten; Joisten, Christian; Karaman, Malik; Kaske, Sven; Kienitz, Niklas; Kircher, Jürgen; Klausing, Christoph; Kockerbeck, Heiner; Krupp, Gerrit; Laufenberg, Sylvia; Michel, Dirk; Möller, Monika; Nessler-Komp, Birgitta; Noack, Horst; Oedingen, Erika; Pakulat, Sabine; Petelkau, Bernd; Philippi, Franz; Pohl, Stephan; Pöttgen, Andreas; Rabenstein, Svenja; Richter, Manfred; Roß-Belkner, Monika; Santos Herrmann, Susana dos; Schlieben, Nils Helge Dr.; Schneider, Frank; Scho-Antwerpes, Elfi Bürgermeisterin; Scholz, Tobias; Schoser, Martin Dr.; Schultes, Monika; Sommer, Ira; Stahlhofen, Gisela; Sterck, Ralph; Strahl, Jürgen Dr.; Struwe, Rafael Christof; Thelen, Elisabeth; Thelen, Horst; Tokyürek, Güldane; Unna, Ralf Dr.; van Geffen, Jörg; von Wengersky, Alexandra Gräfin; Walter, Karl-Heinz; Weisenstein, Michael; Welcker, Katharina; Wiener, Markus; Woller, Julia; Wolter, Andreas Bürgermeister; Wortmann, Walter; Yurtsever, Firat; Zimmermann, Thor-Geir

Bezirksbürgermeister

Schößler, Bernd Bezirksbürgermeister; Zöllner, Reinhard Bezirksbürgermeister

Verwaltung

Kahlen, Guido Stadtdirektor; Klug, Gabriele C. Stadtkämmerin; Berg, Ute Beigeordnete; Klein, Agnes Beigeordnete Dr.; Laugwitz-Aulbach, Susanne Beigeordnete; Fenske, Jürgen; Steinkamp, Dieter Dr.

Schriftführerin

Frau Kramp

Stenografen

Herr Becker;
Herr Klemann

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Götz, Stefan; Kron, Peter; Paetzold, Michael; Rottmann, Hendrik; Schwab, Luisa; Welter, Thomas; Wolter, Judith

Bezirksbürgermeister

Hupke, Andreas Bezirksbürgermeister; Homann, Mike Bezirksbürgermeister

Bezirksbürgermeisterin

Blömer-Frerker, Helga Bezirksbürgermeisterin

Bezirksbürgermeister

Wirges, Josef Bezirksbürgermeister; Fuchs, Norbert Bezirksbürgermeister; Thiele, Markus Bezirksbürgermeister

Verwaltung

Höing, Franz-Josef Beigeordneter

Vor Eintritt in die Tagesordnung:

Die Oberbürgermeisterin eröffnet die Sitzung des Rates und begrüßt die Gäste auf der Zuschauertribüne, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse, die Bezirksbürgermeisterin und Bezirksbürgermeister sowie die Ratsmitglieder.

- I. Die Oberbürgermeisterin schlägt als Stimmzähler die Ratsmitglieder Frau Oedingen, Frau von Wengersky und Frau Akbayir vor.

Der Rat ist hiermit einverstanden.

- II. Anschließend nennt die Oberbürgermeisterin die weiteren Punkte, die zu- bzw. abgesetzt werden sollen:

Zusetzungen

- 4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen
- 4.10 Anfrage der Gruppe pro Köln betreffend "Übergriffe auf Kinder in Kölner Schwimmbädern"
AN/0489/2016
- 4.11 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend "Kalkberg"
AN/0503/2016
- 6 Ortsrecht
- 6.1 Satzungen
- 6.1.2 Änderung der Betriebssatzung für die Bühnen der Stadt Köln
3050/2015
- 10 Allgemeine Vorlagen
- 10.22 Teilnahme am Bundesprogramm "Sprach-Kitas- Weil Sprache der Schlüssel zur Welt ist"
0654/2016
- 17 Wahlen
- 17.4 Benennung eines Technischen Betriebsleiters der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Bühnen der Stadt Köln
0812/2016
- 17.5 Antrag der FDP-Fraktion betreffend Wahl in die Zweckverbandsversammlung Sparkasse KölnBonn
AN/0511/2016
- 18 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen
- 18.1 Antrag zum Sonderprogramm des Landes NRW "Hilfen im Städtebau für Kommunen zur Integration von Flüchtlingen"
0611/2016
- 22 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen
- 22.1 Auflösung der Sportstätten GmbH
AN/0493/2016
- 22.2 Anfrage der Fraktion Die Linke. betreffend "Verkauf des Stadthauses in Deutz und städtische Rückstellungen"
AN/0501/2016

24 Allgemeine Vorlagen

24.12 Abschluss eines Arbeitsvertrages mit Herrn Bernd Streitberger
0810/2016

Absetzungen

10 Allgemeine Vorlagen

10.21 Kommunalinvestitionsförderungsgesetz
hier: Festlegung der Maßnahmen
0754/2016

15 Weitere bauleitplanungsrechtliche Sachen

15.1 Umsetzung STEK Wohnen
hier: Neue Flächen für den Wohnungsbau
1028/2015

16 KAG-Satzungen – Erschließungsbeitragssatzungen

16.2 251. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt
Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8
Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen
0106/2016

III. Die Oberbürgermeisterin schlägt vor, die Punkte der öffentlichen Tagesordnung, die sich mit dem Thema Sanierung der Bühnen befassen (Top 6.1.2; 10.8 und 17.4), wegen ihres Sachzusammenhangs gemeinsam zu behandeln.

Der Rat stimmt diesem Vorschlag einvernehmlich zu.

IV. Die Oberbürgermeisterin weist darauf hin, dass die Fraktion Die Linke. gemeinsam mit den Gruppen Piraten und Deine Freunde sowie Ratsmitglied Wortmann fristgerecht eine aktuelle Stunde zum Thema "geplante Hubschrauberbetriebsstation Kalkberg" eingereicht habe. Die Angelegenheit wurde als Punkt 1.1 in die Tagesordnung aufgenommen.

V. Die Oberbürgermeisterin weist darauf hin, dass zur Sitzung drei Dringlichkeitsanträge vorgelegt worden seien. Im Einzelnen handelt es sich um:

3.1.10 Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Leverkusener Brücke zügig neu bauen!"
AN/0507/2016

Der Rat stimmt der Dringlichkeit und damit der Aufnahme in die Tagesordnung einvernehmlich zu.

Zum Thema Hubschrauberbetriebsstation liegen die folgenden zwei Dringlichkeitsanträge vor:

3.1.11 Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion betreffend "Hubschrauberstation Kalkberg – weiteres Vorgehen"
AN/0519/2016

3.1.12 Dringlichkeitsantrag der Fraktion Die Linke. betreffend "Stopp der Hubschrauberstation Kalkberg – weiteres Vorgehen"
AN/0520/2016

Der Rat stimmt der Dringlichkeit und damit der Aufnahme in die Tagesordnung ebenfalls einvernehmlich zu.

VI. Oberbürgermeisterin Reker schlägt vor, TOP 3.1.11 und 3.1.12 wegen des Sachzusammenhangs gemeinsam mit TOP 1.1 zu behandeln.

Der Rat ist damit einverstanden.

VII. Die Oberbürgermeisterin teilt mit, dass die Fraktion Die Linke. zu Punkt 24.4 den Antrag gestellt habe, die Aspekte zum Thema "Messe" die keinen vertraulichen Inhalt im Hinblick auf den Vergleichsabschluss hätten, in öffentlicher Sitzung zu beraten. Hier bestehe die Möglichkeit, dies unter dem Punkt 3.1.8 zu tun. Der Punkt behandle den gleichen Themenbereich – wenn auch mit einem anderen Schwerpunkt.

Der Rat stimmt diesem Vorschlag einvernehmlich zu.

VIII. Ratsmitglied Wiener erinnert an die Beantwortung der Anfrage unter TOP 4.6 betreffend "Öffentliches Rathaus oder Litfaßsäule der Altparteien?"

Oberbürgermeisterin Reker erwidert, dass sie bei Aufruf des Tagesordnungspunktes dazu eine Erläuterung abgeben werde.

IX Ratsmitglied Weisenstein erklärt unter Hinweis auf TOP 24.4 und im Namen der Antragsteller, dass sich der Änderungsantrag - AN/0234/2016 – erledigt habe.

X. Im Anschluss legt der Rat die Tagesordnung einvernehmlich wie folgt fest:

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

- 1 Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde gemäß § 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen
 - 1.1 Aktuelle Stunde der Fraktion Die Linke., der Gruppe Piraten, der Gruppe Deine Freunde und von Ratsmitglied Walter Wortmann (Freie Wähler Köln) betreffend "Geplante Hubschrauberbetriebsstation Kalkberg"
AN/0488/2016
- 2 Annahme von Schenkungen / Vermächtnissen / Erbschaften
 - 2.1 Annahme einer Schenkung für das Museum Ludwig
hier: Schenkung eines Kunstwerkes des Künstlers Danh Võ
0465/2016
 - 2.2 Annahme einer zweckgebundenen Spende für die Heinrich-Böll-Gesamtschule, Merianstraße 11, 50765 Köln
3614/2015
- 3 Anträge des Rates / Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen
 - 3.1 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen
 - 3.1.1 Antrag der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der FDP-Fraktion und der Gruppe Deine Freunde betreffend "Neues Dezernat „VIII Mobilität und Verkehrsinfrastruktur“
AN/0459/2016
 - 3.1.2 Antrag der SPD-Fraktion betreffend "Streetwork – Bedarfsgerechter Ausbau"
AN/0252/2016

Änderungsantrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion Die Linke. und der FDP-Fraktion
AN/0513/2016
 - 3.1.3 Antrag der Gruppe Piraten betreffend "Ein fahrscheinloser Tag für Köln"
AN/0440/2016

Änderungsantrag der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion Die Linke., der FDP-Fraktion und der Gruppe Piraten
AN/0512/2016

3.1.4 Antrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke. betreffend "Weitere Planung für ein Frischezentrum"
AN/0462/2016

3.1.5 Antrag der SPD-Fraktion betreffend "Einführung einer Wohnungstauschbörse für Köln"
AN/0456/2016

Änderungsantrag der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion
AN/0514/2016

3.1.6 Antrag der Fraktion Die Linke., der Gruppe Piraten und der Gruppe Deine Freunde betreffend "Ombudsstelle für Flüchtlinge - Unabhängige Anlaufadresse für Beschwerden"
AN/0450/2016

Änderungsantrag der SPD-Fraktion
AN/0522/2016

3.1.7 Antrag der SPD-Fraktion und der Gruppe Piraten betreffend "Digitale Stadt – Kostenloses WLAN in der KVB"
AN/0463/2016

Änderungsantrag der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der FDP-Fraktion und von Ratsmitglied Walter Wortmann (Freie Wähler Köln)
AN/0516/2016

3.1.8 Antrag der Gruppe Deine Freunde und von Ratsmitglied Wortmann (Freie Wähler Köln) betreffend "Aufarbeitung Messe-Skandal"
AN/0457/2016

3.1.9 Antrag der Gruppe Deine Freunde betreffend "Fortführung Live-Streaming aus dem Rat der Stadt Köln"
AN/0458/2016

Änderungsantrag der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der FDP-Fraktion und der Gruppe Deine Freunde
AN/0518/2016

3.1.10 Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Leverkusener Brücke zügig neu bauen!"
AN/0507/2016

- 3.1.11 Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion betreffend "Hubschrauberstation Kalkberg – weiteres Vorgehen"
AN/0519/2016
- 3.1.12 Dringlichkeitsantrag der Fraktion Die Linke. betreffend "Stopp der Hubschrauberstation Kalkberg – weiteres Vorgehen"
AN/0520/2016
- 3.2 Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen gemäß § 37 Absatz 5 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen
- 4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen
- 4.1 Anfrage der Fraktion Die Linke. betreffend "Kostensteigerungen bei Großprojekten"
AN/1886/2015
- Antwort der Verwaltung vom 14.03.2016
0602/2016
- 4.2 Anfrage der Gruppe Piraten betreffend "Beeinträchtigen Gruppen und Einzelmandatsträger die Arbeitsfähigkeit der Kölner Kommunalpolitik?"
AN/1926/2015
- Antwort der Verwaltung vom 14.03.2016
0903/2016
- 4.3 Anfrage der Gruppe Piraten betreffend "Wie geht es weiter an der Drehscheibe für Flüchtlinge am Flughafen?"
AN/0218/2016
- Abschließende Beantwortung der Verwaltung vom 24.02.2016
0521/2016
- 4.4 Anfrage der Gruppe Piraten betreffend "Stand der Umsetzung des papierlosen Rates"
AN/0219/2016
- Antwort der Verwaltung vom 14.03.2016
0385/2016

4.5 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend "Sicherheitssituation in der Silvesternacht"
AN/0235/2016

Antwort der Verwaltung vom 14.03.2016
0562/2016

4.6 Anfrage der Gruppe pro Köln betreffend "Öffentliches Rathaus oder Litfaßsäule der Altparteien?"
AN/0210/2016

4.7 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend "Asylbewerberunterbringung"
AN/0281/2016

Antwort der Verwaltung vom 14.03.2016
0863/2016

4.8 Anfrage der Fraktion Die Linke., der Gruppe Piraten, der Gruppe Deine Freunde und Ratsmitglied Wortmann (Freie Wähler Köln) betreffend "Nichtigkeit und Rückabwicklung des Vertragskonstruktes zu den Messehallen Nord"
AN/0469/2016

Antwort der Verwaltung vom 15.03.2016
0870/2016

4.9 Anfrage der Gruppe Piraten betreffend "Ordnungs- und Verkehrsdienst: Fragen zu Namensschildern und Beschwerden"
AN/0472/2016

4.10 Anfrage der Gruppe pro Köln betreffend "Übergriffe auf Kinder in Kölner Schwimmbädern"
AN/0489/2016

Antwort der Verwaltung vom 15.03.2016
0917/2016

4.11 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend "Kalkberg"
AN/0503/2016

Antwort der Verwaltung vom 15.03.2016
0921/2016

4.12 Anfrage von Ratsmitglied Walter Wortmann (Freie Wähler Köln) betreffend "Auflösung der Sportstätten GmbH"

Antwort der Verwaltung vom 15.03.2016
0889/2016

5 Einwohner, Einwohnerinnen, Bürger und Bürgerinnen

5.1 Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.2 Einwohnerantrag gemäß § 25 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.3 Bürgerbegehren und Bürgerentscheid gemäß § 26 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.4 Anregungen und Stellungnahmen des Integrationsrates gemäß § 27 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

6 Ortsrecht

6.1 Satzungen

6.1.1 Änderung der Vergnügungssteuersatzungen für Spielgeräte bzw. Geldspielgeräte und Spielgeräte ohne Gewinnmöglichkeit
0165/2016

6.1.2 Änderung der Betriebssatzung für die Bühnen der Stadt Köln
3050/2015

6.2 Gebühren-, Entgeltordnungen und ähnliches

6.2.1 5. Satzung zur Änderung der Gebührensatzung für die Rheinische Musikschule der Stadt Köln
0192/2016

6.3 Ordnungsbehördliche Verordnungen

6.3.1 3. Ordnungsbehördliche Verordnung für 2016 über das Offenhalten von Verkaufsstellen im Jahr 2016 an den in der Verordnung aufgeführten Tagen und Zeiten.
4113/2015

Änderungsantrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion Die Linke. und der FDP-Fraktion
AN/0517/2016

6.4 Sonstige städtische Regelungen

6.4.1 Neufassung der Wahlordnung für die Wahl der Seniorenvertretung der Stadt Köln
3548/2015

7 Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen u. -verpflichtungen für das Hj. 2015 gem. § 83 Abs. 1 u. § 85 Abs. 1 GO NRW i. V. m. der Haushaltssatzung 2015
0767/2016

8 Überplanmäßige Aufwendungen

9 Außerplanmäßige Aufwendungen

10 Allgemeine Vorlagen

10.1 Auflösung des Interkommunalen Arbeitskreises Wahner Heide e. V. (IAWH)
3779/2015

Änderungsantrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
AN/0523/2016

10.2 1. Bedarfsfeststellung und Vorbereitung des Vergabeverfahrens
hier: Beschaffung von 240 Parkscheinautomaten (PSA)
2. Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes
hier: Teilfinanzplan 1201, Straßen, Wege, Plätze, Finanzstelle 6606-1201-0-1000 (Maßnahmen zur Parkraumbewirtschaftung)
4083/2015

10.3 Bericht über die öffentlichen Beteiligungen der Stadt Köln im Haushaltsjahr 2014 - Beteiligungsbericht 2014
0083/2016

10.4 Kölner Verkehrs-Betriebe AG (KVB): Bürgschaftsrahmen 2016/2017 der Stadt Köln zur Besicherung von Darlehen für die Finanzierung der Nord-Süd Stadtbahn
0210/2016

- 10.5 "Null Toleranz für Raser" - Ordnungsbehördliche Maßnahmen gegen die Raserszene im Kölner Stadtgebiet - Maßnahmenpaket II - Auenweg und Ringe
3678/2015
- 10.6 Prüfung des Gesamtabchlusses 2010
0321/2016
- 10.7 Neufestsetzung der Eintrittspreise des Gürzenich-Orchesters Köln ab der Spielzeit 2016/2017
0395/2016
- 10.8 Sanierung der Bühnen Köln am Offenbachplatz, Verpflichtungsermächtigungen
0262/2016
- Änderungsantrag der SPD-Fraktion
AN/0524/2016
- Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.
AN/0526/2016
- 10.9 Konzept "Mehr Präsenz und Ahndung durch verstärkten Ordnungsdienst"
0423/2016
- 10.10 Markenprozess Köln - Erfüllung des Ratsauftrages und Fortführung der Aufgabe
3383/2015
- Änderungsantrag der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion
AN/0505/2016
- 10.11 Planungsaufnahme zur Errichtung von Erweiterungsbauten und Sportbauten (1 Dreifach- und 1 Zweifachsporthalle) für das Barbara-von-Sell Berufskolleg und die Edith-Stein-Realschule, Niehler Kirchweg 118 und 120, 50733 Köln-Nippes
1822/2015
- 10.12 Kliniken der Stadt Köln gGmbH: Erhöhung der Beteiligung an der Dienstleistungs- und Einkaufsgemeinschaft kommunaler Krankenhäuser eG im Deutschen Städtetag
2472/2015

- 10.13 Errichtung eines Erweiterungsbaus mit Dreifachturnhalle für die Kaiserin-Theophanu-Schule, Gymnasium Kantstr. 3, 51105 Köln
Baubeschluss
2950/2015
- 10.14 Städtebauliche Neuordnung des Domumfeldes, Bauabschnitte 1 und 3; Bauabschnitt 2
hier: Kostenentwicklung und weitere Beschlüsse
3828/2015
- 10.15 Ankauf eines Breviers des Kölner Erzbischofs Hermann von Hessen
0455/2016
- 10.16 Errichtung eines Bildungsgangs: Höhere Berufsfachschule im Bereich Ernährung und Hauswirtschaft am Berufskolleg Ehrenfeld (BK 20)
0458/2016
- 10.17 Errichtung von mehreren Schulen in modularer Bauweise / Systembauweise mit entsprechend angepasstem Baubeschlussverfahren
0460/2016
- 10.18 Erhöhung der Dozentenhonore der Volkshochschule gemäß Ratsbeschluss zur Haushaltssatzung vom 23.06.2015
0482/2016
- 10.19 SBK Sozial-Betriebe Köln gGmbH: Beteiligung an der Dienstleistungs- und Einkaufsgemeinschaft kommunaler Krankenhäuser eG im Deutschen Städtetag
2479/2015
- 10.20 Besetzung der Stelle der/des Beigeordneten Dezernat I - Allgemeine Verwaltung, Ordnung, Recht; Bestellung zur/zum Stadtdirektor/in
0735/2016
- 10.21 Kommunalinvestitionsförderungsgesetz
hier: Festlegung der Maßnahmen
0754/2016
(zurückgezogen)
- 10.22 Teilnahme am Bundesprogramm "Sprach-Kitas- Weil Sprache der Schlüssel zur Welt ist"
0654/2016

Änderungsantrag der SPD-Fraktion
AN/0510/2016

Änderungsantrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis
90/Die Grünen und der FDP-Fraktion
AN/0525/2016

- 11 Bauleitpläne - Änderung des Flächennutzungsplanes
 - 11.1 201. Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP) im Stadtbezirk 7, Köln-Porz
Arbeitstitel: Südlich Friedensstraße in Köln-Porz-Elsdorf
hier: Offenlagebeschluss
2185/2015/1
- 12 Bauleitpläne - Anregungen / Satzungen
 - 12.1 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den
Bebauungsplan-Entwurf 68360/04
Arbeitstitel: Otto-Hahn-Straße in Köln-Godorf
0359/2016
 - 12.2 Beschluss über die Einleitung sowie Satzungsbeschluss betreffend die vereinfachte
Änderung des Bebauungsplanes 73500/02
Arbeitstitel: Katterbacher Weg in Köln-Höhenhaus, 1. Änderung
0053/2016
- 13 Bauleitpläne - Aufhebung von Bebauungs- / Durchführungs- / Fluchtlinienplänen
- 14 Erlass von Veränderungssperren
- 15 Weitere bauleitplanungsrechtliche Sachen
 - 15.1 Umsetzung STEK Wohnen
hier: Neue Flächen für den Wohnungsbau
1028/2015
(zurückgezogen)
- 16 KAG-Satzungen - Erschließungsbeitragssatzungen
 - 16.1 250. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln
vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1
Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen
4033/2015

- 16.2 251. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen
0106/2016
(zurückgezogen)
- 17 Wahlen
- 17.1 Bestellung eines neuen beratenden Pflichtmitgliedes des Jugendhilfeausschuss
0495/2016
- 17.2 Denkmalschutz und Denkmalpflege
Berufung eines sachverständigen Bürgers in den Ausschuss Kunst und Kultur
0581/2016
- 17.3 Antrag der Gruppe Deine Freunde
hier: Umbesetzung Mitgliederversammlung Region Köln/Bonn e.V.
AN/0461/2016
- 17.4 Benennung eines Technischen Betriebsleiters der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Bühnen der Stadt Köln
0812/2016
- 17.5 Antrag der FDP-Fraktion betreffend Wahl in die Zweckverbandsversammlung Sparkasse KölnBonn
AN/0511/2016
- 18 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen
- 18.1 Antrag zum Sonderprogramm des Landes NRW "Hilfen im Städtebau für Kommunen zur Integration von Flüchtlingen"
0611/2016
- 19 -

II. Nichtöffentlicher Teil

- 20 Annahme von Schenkungen / Vermächtnissen / Erbschaften
- 20.1 Abschluss eines Sponsoringvertrages mit der RheinEnergie AG als Jubiläumspartner im Jubiläumsjahr des Museum Ludwig 2016
0119/2016

- 20.2 Abschluss eines Sponsoringvertrages mit der Peugeot Citroën Retail Deutschland GmbH und der Stadt Köln, Museum Ludwig als Sponsor der Ausstellung „Fernand Léger. Malerei im Raum“
0522/2016
- 21 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen
- 22 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen
- 22.1 Anfrage von Ratsmitglied Walter Wortmann (Freie Wähler Köln) betreffend "Auflösung der Sportstätten GmbH"
AN/0493/2016
- Antwort der Verwaltung vom 15.03.2016
0890/2016
- 22.2 Anfrage der Fraktion Die Linke. betreffend "Verkauf des Stadthauses in Deutz und städtische Rückstellungen"
AN/0501/2016
- Antwort der Verwaltung vom 15.03.2016
0914/2016
- 23 Grundstücksangelegenheiten
- 23.1 Vermietung der städt. Liegenschaften Dillenburger Str. u.a., Verlängerung des Vertragsverhältnisses mit Deutz AG
3960/2015
- 23.2 Grundstücksverkauf "Rochusplatz" in Köln-Bickendorf - Wohnen und Gewerbe
0282/2016
- 23.3 Grundstück im Bereich Köln-Porz-Mitte. Josefstraße 7
0373/2016
- 23.4 Grundstück Rudi-Jaehne-Straße
0483/2016
- 24 Allgemeine Vorlagen
- 24.1 Einrichtung einer neuen Kindertageseinrichtung in Köln-Sülz
4051/2015

- 24.2 Sanierung der Bühnen Köln, Anlagen zu Verpflichtungsermächtigungen
0264/2016
- 24.3 Abschluss eines Liefervertrages mit dem Logistikzentrum Niedersachsen zur
Bedarfsdeckung der Dienstkleidung der Außendienstmitarbeiter des Ord-
nungs- und Verkehrsdienstes des Ordnungsamtes des Amtes für Öffentliche
Ordnung
0535/2016
- 24.4 Eigenbetriebsähnliche Einrichtung Veranstaltungszentrum Köln - Abschluss
einer Vergleichsvereinbarung
0012/2016
- Änderungsantrag der Fraktion Die Linke., der Gruppe Piraten, der Gruppe
Deine Freunde und von Ratsmitglied Wortmann (Freie Wähler Köln)
AN/0234/2016
- Änderungsantrag der SPD-Fraktion, der Fraktion Die Linke., der Gruppe Pira-
ten, der Gruppe Deine Freunde und von Ratsmitglied Wortmann (Freie Wäh-
ler Köln)
AN/0515/2016
- Änderungsantrag der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und
der FDP-Fraktion
AN/0521/2016
- 24.5 NetCologne Gesellschaft für Telekommunikation mbH (NetCologne)
0504/2016
- 24.6 RheinEnergie AG
0643/2016
- 24.7 Verschmelzung von zwei Gesellschaften der Neska-Gruppe auf die Neska
Schiffahrts- und Speditionskontor GmbH
0680/2016
- 24.8 RheinEnergie AG
0678/2016
- 24.9 RheinEnergie AG
0679/2016
- 24.10 RheinEnergie AG
0681/2016

- 24.11 NetCologne Gesellschaft fürTelekommunikation mbH (NetCologne)
0498/2016
- 24.12 Abschluss eines Arbeitsvertrages mit Herrn Bernd Streitberger
0810/2016
- 25 Wahlen
- 25.1 Abberufung mehrerer Prüferinnen und eines Prüfers des Rechnungsprü-
fungsamtes
0284/2016
- 26 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3
der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen
- 26.1 Grundstück Zusestraße
0302/2016
- 26.2 Ankauf eines Ackergrundstücks im Bereich Pulheim-Freimersdorf
0484/2016

I. Öffentlicher Teil

- 1 Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde gemäß § 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**
- 1.1 Aktuelle Stunde der Fraktion Die Linke., der Gruppe Piraten, der Gruppe Deine Freunde und von Ratsmitglied Walter Wortmann (Freie Wähler Köln) betreffend "Geplante Hubschrauberbetriebsstation Kalkberg" AN/0488/2016**

Beschluss:

Nach der Aussprache beschließt der Rat gemäß § 5 Abs. 10 Buchstabe c) der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretung, die Angelegenheit zur weiteren Beratung in die zuständigen Fachausschüsse (Gesundheitsausschuss, Ausschuss Umwelt und Grün und Bauausschuss) zu verweisen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:

Diese Angelegenheit wurde gemeinsam mit den Punkten

- 3.1.11 Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion betreffend "Hubschrauberstation Kalkberg – weiteres Vorgehen"
AN/0519/2016

und

- 3.1.12 Dringlichkeitsantrag der Fraktion Die Linke. betreffend "Stopp der Hubschrauberstation Kalkberg – weiteres Vorgehen"
AN/0520/2016

behandelt.

2 Annahme von Schenkungen / Vermächtnissen / Erbschaften

- 2.1 Annahme einer Schenkung für das Museum Ludwig
hier: Schenkung eines Kunstwerkes des Künstlers Danh Vö
0465/2016**

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln nimmt die Schenkung des Kunstwerkes „*Ohne Titel / Untitled, 2014*“ des Künstlers Danh Vö mit großem Dank an.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

2.2 Annahme einer zweckgebundenen Spende für die Heinrich-Böll-Gesamtschule, Merianstraße 11, 50765 Köln 3614/2015

Beschluss:

Der Rat nimmt die Schenkung des Sportstudio Huppertz, An der Wachsfabrik 3, 50996 Köln-Rodenkirchen in Form von Trainingsgeräten für einen Kraftraum an der Heinrich-Böll-Gesamtschule, Merianstraße 11, 50765 Köln im Wert von 4.000 Euro dankend an.

Es fallen Folgekosten in Höhe von 300 Euro jährlich ab 2016 für die Wartung und Instandsetzung der Geräte an, die über das Schulgirokonto abgerechnet werden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

3 Anträge des Rates / Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen

3.1 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

3.1.1 Antrag der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der FDP-Fraktion und der Gruppe Deine Freunde betreffend "Neues Dezernat „VIII Mobilität und Verkehrsinfrastruktur“ AN/0459/2016

Beschluss:

1. Der Rat beschließt auf der Grundlage des § 73 Abs. 1 GO NRW die Einrichtung eines Dezernats „VIII Mobilität und Verkehrsinfrastruktur“. Die Verwaltung wird mit der Durchführung der dafür notwendigen Schritte beauftragt. Dem Dezernat werden bis zum Zeitpunkt der Wahl der/des Beigeordneten folgende Geschäftskreise und Zuständigkeiten zugeordnet: Amt für Straßen und Verkehrstechnik (66), Amt für Brücken, Tunnel und Stadtbahnbau (69) sowie die Zuständigkeit für den Wirtschaftsverkehr und die Geschäftsführung für den Verkehrsausschuss. Der Rat behält sich eine weitere Änderung der Geschäftskreise vor. Die Dezernate VI und VIII bilden eine Teildienststelle gemäß § 1 Abs. 3 Landespersonalvertretungsgesetz.
2. Das Dezernat VI erhält mit Wirkung zum Zeitpunkt der Bildung des Dezernats VIII die veränderte Bezeichnung „Stadtentwicklung, Planen und Bauen“.
3. In § 30 Satz 1 der Hauptsatzung der Stadt Köln wird die Zahl „7“ durch die Zahl „8“ ersetzt.
4. Der Rat beschließt gemäß § 71 GO NRW die Stelle der/des Beigeordneten für das Dezernat VIII, Mobilität und Verkehrsinfrastruktur, auszuschreiben und beauftragt die Verwaltung mit der Durchführung der dafür notwendigen Schritte. Zu diesem Zweck hat die Verwaltung unter Beachtung der vergaberechtlichen Bestimmungen ein geeignetes Personalberatungsunternehmen auszuwählen und mit der Direktansprache von geeigneten Bewerberinnen bzw. Bewerbern, der Auswertung von Bewerbungsunterlagen, dem Einholen von Referenzen, der Führung von Auswahlgesprächen sowie einer Darstellung der Ergebnisse zu beauftragen. Sofern dem Personalberatungsunternehmen neben der Direktansprache von Bewerberinnen bzw. Bewerbern weitere geeignete Sondierungsmöglichkeiten zur Verfügung stehen, können und sollen diese auch genutzt werden. Sobald die Auswahl des Personalberatungsunternehmens seitens der Verwaltung getroffen worden ist, werden die Fraktionen unverzüglich über das Ergebnis schriftlich unterrichtet.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich mit den Stimmen der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion Die Linke., der FDP-Fraktion, der Gruppe pro Köln und der Gruppe Deine Freunde sowie bei Stimmenthaltung der Gruppe Piraten und von Ratsmitglied Wortmann (Freie Wähler Köln) zugestimmt.

Anmerkung:

Ratsmitglied Kienitz hat den Antrag mündlich ergänzt.

3.1.2 Antrag der SPD-Fraktion betreffend "Streetwork – Bedarfsgerechter Ausbau" AN/0252/2016

**Änderungsantrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion Die Linke. und der FDP-Fraktion
AN/0513/2016**

Beschluss:

Der Rat schließt sich der Beschlussfassung des Jugendhilfeausschusses vom 08.03.2016 an und beauftragt die Verwaltung, in Anlehnung an die JHA-Mitteilung vom 04.02.2014 bis spätestens zum übernächsten Jugendhilfeausschuss (21. Juni 2016, eine frühere Vorlage ist begrüßenswert) ein Konzept zur Weiterentwicklung der Streetwork in Köln zu erarbeiten.

Hierbei sind folgende Maßgaben zu berücksichtigen:

- Die Verwaltung möge den aus ihrer Fachsicht notwendigen Bedarf an fest installierten Streetworkern/Streetworkerinnen in einzelnen Stadtbezirken, unter Berücksichtigung der örtlichen Brennpunkte, darstellen und begründen.
- Daneben soll auch ein mobiles Streetwork-Team aufgestellt werden, das flexibel und bezirksunabhängig auf akute Bedarfssituationen reagieren kann.
- Das Konzept soll auch den gemeinsamen Einsatz der Streetworker/Streetworkerinnen bei Großveranstaltungen umfassen.
- Um die Entwicklung in den Sozialräumen positiv zu gestalten, müssen sich Ordnungsamt, Polizei als auch Streetworker über Aufgaben- und Rollenverteilung konstruktiv verständigen.
- Die Verwaltung wird beauftragt, einen Vorschlag für die Finanzierung zusätzlicher Streetwork-Stellen im Rahmen des weiter entwickelten Konzepts „Steuerung und Intervention durch Streetwork“ vorzulegen, um kurzfristig weitere Streetwork-Teams zu schaffen und die Zusammenarbeit von städtischen Diensten, Trägern der freien Jugendhilfe, Schulen, Vereinen und Polizei zu verstärken.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**3.1.3 Antrag der Gruppe Piraten betreffend "Ein fahrscheinloser Tag für Köln"
AN/0440/2016**

**Änderungsantrag der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion Die Linke., der FDP-Fraktion und der Gruppe Piraten
AN/0512/2016**

Beschluss:

Der Rat beauftragt die Verwaltung zu prüfen, welche Auswirkungen ein fahrscheinloser Tag in Köln hätte und welche Tage für ein Pilotprojekt zur kostenlosen ÖPNV-

Nutzung geeignet wären. Es sollen nicht-kommerzielle Ereignisse, wie z. B. der Tag des guten Lebens, der Ehrenamtstag oder der Weltkindertag, dafür berücksichtigt werden.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD-Fraktion sowie bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion zugestimmt.

Anmerkung:

Die Gruppe Piraten erklärt die Punkte 2 – 4 ihres Antrages für erledigt.

3.1.4 Antrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke. betreffend "Weitere Planung für ein Frischezentrum" AN/0462/2016

Beschluss:

Die Planungen zur Verlagerung des jetzigen Großmarkts in Raderthal und die Planungen für einen den zukünftigen Erfordernissen genügenden neuen Frischemarkt sollen unter folgenden Zielsetzungen und Maßgaben von der Verwaltung fortgeführt werden.

I. Alternativstandorte in der Region

Die Verwaltung wird beauftragt, für den Bau und Betrieb eines Frischemarkts nun vorrangig nach geeigneten Standorten in den Gebietskörperschaften der Kölner Region zu suchen und die dafür notwendigen Gespräche mit Gebietskörperschaften und Kommunen zu führen. Bis zum September 2016 sind die Ergebnisse zur Entscheidung über einen Alternativstandort für ein Frischezentrum in der Kölner Region den zuständigen Ratsgremien vorzulegen.

II. Fortsetzung der Planung am Standort Marsdorf

Der Rat beauftragt die Verwaltung, auf Basis seiner gefassten Beschlüsse die Planung zur Errichtung eines Frischemarkts in Köln-Marsdorf weiter vorzubereiten. Das von der Verwaltung bislang verfolgte ÖPP-Vergabeverfahren für den Bau und den technischen Betrieb des Frischezentrums gemäß Beschlussvorlage 2174/2014 vom 08.04.2015 wird nicht weiter verfolgt.

Stattdessen sollen Planung und Bau des Frischemarkts sowie seine werterhaltende Instandhaltung im technischen Betrieb in städtischer Regie erfolgen. Der Marktbetrieb soll davon wirtschaftlich getrennt betrachtet und organisiert werden.

II.1 Planung und Bau

Mit Planung, Bau und technischem Betrieb der Frischemarkt-Immobilie wird der Eigenbetrieb Gebäudewirtschaft unter folgenden Maßgaben beauftragt:

- a. Es wird eine konzeptionelle Planung einschließlich Kostenkalkulation erstellt, auf deren Grundlage dann der Rat einen Baubeschluss fassen soll. Diese Planung umfasst jegliche Infrastruktur, wie z. B. die Optimierung des Raumprogramms, die technischen Erfordernisse, die Logistik und die verkehrliche Planung. Die dafür notwendigen internen und externen Maßnahmen und Ressourcen sind darzustellen.
- b. Der weitere Planungsprozess erfolgt in enger Abstimmung mit den Frischemarkt-Akteuren (Händler, Importeure etc.).
- c. Auf Basis eines Baubeschlusses soll die Ausschreibung zur Errichtung der Frischemarkt-Immobilie, die seitens der Stadt errichtet und bewirtschaftet werden soll, erfolgen. Dazu ist vorrangig die Beauftragung eines Generalübernehmers (GÜ) zu einem fest zu vereinbarenden Termin und Preis zu prüfen. Die Beauftragung im Rahmen des Ausschreibungsverfahrens ist so zu gestalten, dass die regionale Wirtschaft für definierte Subunternehmer-Leistungen angemessen berücksichtigt wird. Dies soll auf Basis einer „Mittelstandsklausel“ zur Beteiligung kleiner und mittelständischer Unternehmen in der Region für einen definierten Anteil des Nachunternehmervolumens erfolgen. Dabei ist die Einhaltung der Bestimmungen des Tariftreue- und Vergabegesetzes NRW für alle Nachunternehmer zu gewährleisten.

II.2 Betrieb

Für den zukünftigen Marktbetrieb im neuen Frischemarkt sollen verschiedene Betriebsformen einschließlich des jeweiligen Businessplans vergleichend geprüft und in Hinsicht auf ihre Vor- und Nachteile dargestellt werden. Dabei ist der städtische Einfluss grundsätzlich zu gewährleisten. Neben einem eigenbetriebsähnlichen Modell sollen auch Modelle unter Beteiligung der wirtschaftlich agierenden Akteure im Frischemarkt (Händler etc.) geprüft werden. Zentrale Zielsetzung bleibt aus Sicht der Stadt Köln, dass keine unverträglichen Belastungen für den städtischen Haushalt entstehen, d.h. der Betrieb bilanziell ausgeglichen wirtschaftet. Dies beinhaltet auch die wirtschaftliche Darstellung der Refinanzierung der städtischen Investitionen bei den jeweiligen Betriebsformen. Auch sind die differenzierte Miet- und Pachtmodelle zu betrachten, um die unterschiedliche wirtschaftliche Leistungskraft der Akteure und der Stadt Köln berücksichtigen zu können.

III. Weiteres Vorgehen

Die Verwaltung soll für die weitere Umsetzung des Frischemarkt-Projekts einen Zeit-/Maßnahmenplan erstellen, der mit der Planung der „Parkstadt Süd“ abzustimmen ist. In diesem Rahmen ist auch prüfen, inwieweit noch Investitionen im derzeitigen Großmarkt zur Aufrechterhaltung des Betriebs für die restliche Nutzungszeit erforderlich sind. Solche notwendige Investitionen, sofern diese zwingend in den Aufgabenbereich der Stadt Köln fallen, sind finanziell zu bewerten und kurzfristig den zuständigen Ratsgremien darzustellen.

Die Verwaltung wird beauftragt, die notwendigen Beschlussvorlagen zur Umsetzung dieses Beschlusses zügig zu erarbeiten und den Ausschüssen sowie dem Rat vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der FDP-Fraktion und gegen die Stimme von Ratsmitglied Wortmann (Freie Wähler Köln) sowie bei Stimmenthaltung der Gruppe Deine Freunde zugestimmt.

Anmerkung:

Ratsmitglied Walter verlässt die Ratssitzung nach der Behandlung dieses Punktes endgültig.

3.1.5 Antrag der SPD-Fraktion betreffend "Einführung einer Wohnungstauschbörse für Köln" AN/0456/2016

**Änderungsantrag der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
und der FDP-Fraktion
AN/0514/2016**

Beschluss:

I. Verweisungsantrag von Ratsmitglied Frenzel:

Der Rat möge beschließen, die Angelegenheit zur weiteren Beratung in die Ausschüsse Soziales und Senioren und Stadtentwicklung zu verweisen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Die Linke., der Gruppe Piraten und bei Stimmenthaltung der Gruppe Deine Freunde **abgelehnt**.

II. Verweisungsantrag von Ratsmitglied Kienitz:

Der Rat möge beschließen, die Angelegenheit zur weiteren Beratung in den Ausschuss Soziales und Senioren zu verweisen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei Stimmenthaltung der SPD-Fraktion und der Gruppe Deine Freunde **zugestimmt**.

3.1.6 Antrag der Fraktion Die Linke., der Gruppe Piraten und der Gruppe Deine Freunde betreffend "Ombudsstelle für Flüchtlinge - Unabhängige Anlaufadresse für Beschwerden"
AN/0450/2016

Änderungsantrag der SPD-Fraktion
AN/0522/2016

Beschluss:

Verweisungsantrag von Ratsmitglied Gärtner:

Der Rat möge beschließen, die Angelegenheit zur weiteren Beratung in den Ausschuss Soziales und Senioren zu verweisen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich mit den Stimmen der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der FDP-Fraktion und der Stimme von Ratsmitglied Wortmann (Freie Wähler Köln) sowie bei Stimmenthaltung der Gruppe Piraten zugestimmt.

3.1.7 Antrag der SPD-Fraktion und der Gruppe Piraten betreffend "Digitale Stadt – Kostenloses WLAN in der KVB"
AN/0463/2016

Änderungsantrag der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der FDP-Fraktion und von Ratsmitglied Walter Wortmann (Freie Wähler Köln)
AN/0516/2016

Beschlüsse:

I. Beschluss gemäß Antrag der SPD-Fraktion und der Gruppe Piraten:

Der Rat beauftragt die Verwaltung und Kölner Verkehrsbetriebe (KVB) neben der U-Bahn-Haltestelle **Dom/Hauptbahnhof** im ersten Schritt die folgenden **unterirdischen Haltestellen** aufgrund ihrer **hohen Frequentierung, Funktion als Umsteigebahnhof** und **Verteilung im gesamten Stadtgebiet** bis Ende 2017 mit WLAN als kostenlosem Service für die Fahrgäste der KVB auszustatten:

- **Severinstraße**
- **Ebertplatz**
- **Friesenplatz**
- **Rudolfplatz**
- **Neumarkt**

- **Bahnhof Deutz/Messe**
- **Kalk Post**
- **Wiener Platz**
- **Venloer Straße/Gürtel**
- **Neusser Straße/Gürtel und**
- **Chorweiler.**

Um die Kosten für den städtischen Konzern möglichst gering zu halten, sollen Kooperationen mit Initiativen und Unternehmen, die bereits über eine entsprechende Infrastruktur verfügen, eingegangen werden (z.B. NetCologne oder Freifunk).

Nach einem Jahr Betriebszeit sind dem AVR, dem Verkehrsausschuss sowie dem Wirtschaftsausschuss die Erfahrungswerte bezüglich der technischen Rahmenbedingungen, Nutzerzahlen, Nutzungsdauer sowie der tatsächlichen Betriebs- und Wartungskosten vorzulegen, um auf dieser Basis über eine Ausweitung entscheiden zu können.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Die Linke. und der Gruppe Piraten **abgelehnt**.

II. Beschluss gemäß Änderungsantrag der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der FDP-Fraktion und von Ratsmitglied Walter Wortmann (Freie Wähler Köln).

Der Rat beauftragt die Verwaltung und die KVB AG in Kooperation mit der NetCologne GmbH in einem ersten Schritt als Piloten WLAN Access Points in der U-Bahn-Station Dom/HBF sowie in zwei weiteren Haltestellen, die durch Fahrgäste - insbesondere auch Touristen - stark frequentiert werden, einzurichten. Dies ist unter der Voraussetzung der Kostenneutralität für den städtischen Haushalt zu realisieren. Möglichkeiten der Freifunk-Nutzung sind zu prüfen.

Bevor eine Installation in weiteren Haltestellen erfolgen soll, sind nach einem Jahr Betrieb die Anzahl der Nutzenden, die Nutzungsdauer und die reale Kostenentwicklung zu evaluieren. Außerdem ist die technische und tarifliche Entwicklung für den LTE-Bereich zu beobachten.

Die Ergebnisse sind dem Verkehrsausschuss und dem Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/Vergabe/Internationales mitzuteilen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Gruppe Deine Freunde **zugestimmt**.

**3.1.8 Antrag der Gruppe Deine Freunde und von Ratsmitglied Wortmann
(Freie Wähler Köln) betreffend "Aufarbeitung Messe-Skandal"
AN/0457/2016**

Beschluss:

Verweisungsantrag von Ratsmitglied Dr. Heinen:

Der Rat möge beschließen, die Angelegenheit zur weiteren Beratung in den Betriebsausschuss Veranstaltungszentrum zu verweisen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:

Die Ratsmitglieder Beckamp und Haug verlassen die Sitzung nach der Behandlung dieses Punktes endgültig.

**3.1.9 Antrag der Gruppe Deine Freunde betreffend "Fortführung Live-Streaming aus dem Rat der Stadt Köln"
AN/0458/2016**

**Änderungsantrag der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der FDP-Fraktion und der Gruppe Deine Freunde
AN/0518/2016**

Beschluss gemäß Änderungsantrag der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der FDP-Fraktion und der Gruppe Deine Freunde:

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, wie das Live-Streaming aus den Ratssitzungen der Stadt Köln verbessert werden kann.

Bei der Prüfung der Verbesserung des Live-Streaming aus den Ratssitzungen sind die rechtlichen Voraussetzungen der Gemeindeordnung und der Schutz der Persönlichkeitsrechte näher zu bewerten sowie Ergebnisse der aktuellen Beratungen des Landtags NRW zu möglichen Änderungen der Gemeindeordnung einzubeziehen.

Bei der Prüfung soll beachtet werden:

- Technische und inhaltliche Qualitätsverbesserungen – wie störungsfreie Übertragungen und attraktivere Bildführung.
- Archivierung des Streams und späteres zur Verfügung Stellen – auch getrennt nach einzelnen Tagesordnungspunkten.

- Rechtliche Prüfung der Möglichkeiten hinsichtlich Bildrechte und Datenschutz sowie die Berücksichtigung der Archivierungs-Praxis anderer Kommunen in NRW, darunter die bereits praktizierte Anwendung in Essen und Bottrop.

Die Prüfung soll zu Beginn des vierten Quartals 2016 abgeschlossen sein. Bis zu einer neuen Beschlussfassung wird das Live-Streaming in der bisherigen Form fortgesetzt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

3.1.10 Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Leverkusener Brücke zügig neu bauen!" AN/0507/2016

Beschluss:

1. Der Rat beauftragt die Verwaltung, wegen der erheblichen negativen verkehrlichen Auswirkungen auf Verkehrsfluss und Verkehrssicherheit und um jegliche Verzögerungen bei dem dringend erforderlichen Brückenprojekt Leverkusener Brücke von vornherein auszuschließen, die gegenüber der Bezirksregierung Köln abgegebene Stellungnahme der Stadt Köln zum Planfeststellungsverfahren betr. Neubau der Leverkusener Brücke (AZ 62/621/2-62.10.02) soweit zurückzunehmen, als sie eine Reduzierung der Anzahl der vorgesehenen Fahrspuren für möglich ansieht und dies zur Prüfung anregt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, transparent darzustellen:
 - welche Kosten durch eine zusätzliche Verbreiterung der jeweiligen Fuß- und Radwegverbindung über die Leverkusener Brücke auf jeweils 6 m in jede Fahrtrichtung für die Stadt Köln entstehen,
 - welche zeitlichen Verzögerungen sich hieraus für den Bau der Brücke ergeben und
 - ob diese Maßnahme unter den sich abzeichnenden Rahmenbedingungen im Kosten- Nutzen-Vergleich und unter dem Gesichtspunkt der Bauverzögerung aus Sicht der Verwaltung sinnvoll und geboten ist.

Die Verwaltung möge dem Rat die Ergebnisse der Prüfung kurzfristig vorlegen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD-Fraktion und bei Stimmenthaltung der Gruppe Piraten **abgelehnt.**

**3.1.11 Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion betreffend "Hubschrauberstation Kalkberg – weiteres Vorgehen"
AN/0519/2016**

Beschluss:

1. Der Rat bekräftigt seinen Beschluss vom 15.12.2015 zum Baustopp für die Rettungshubschrauberstation auf dem Kalkberg bis auf Widerruf durch einen Ratsbeschluss.
2. Maßnahmen zur Herstellung der notwendigen Gewährleistung der Verkehrssicherungspflicht der Kalkberg-Deponie erfordern ausdrücklich jeweils gesonderte Ratsbeschlüsse, die ggf. auch im Rahmen von Dringlichkeitsentscheidungen vorgelegt werden können. Diese Maßnahmen sind im Einzelnen mit Darlegung des konkreten Aufwands sowie der möglichen Refinanzierung zu begründen.
3. Die Verwaltung wird darüber hinaus beauftragt, zur Sitzung des Hauptausschusses am 11.04.2016 fristgerecht und aktuell vorzulegen
 - a. welche Kosten für Maßnahmen zur Verkehrssicherungspflicht insgesamt notwendig sind und in welchem zeitlichen Rahmen diese Maßnahmen durchzuführen sind. Dies beinhaltet auch die Maßnahmen zur dauerhaften Sicherung des Kalkbergs im Falle eines endgültigen Baustopps unter der Voraussetzung, dass keine weiteren Nutzungen vorgesehen sind.
 - b. welche realistischen Schadensersatzforderungen gegenüber Gutachtern, Baufirmen und dem Voreigentümer des Kalkbergs in Hinsicht auf Mängel bei der Sicherung von Altlasten sowie Planungs- und Ausführungsmängel für die Rettungshubschrauberstation bestehen.
 - c. welche Auswirkungen das offensichtlich gescheiterte Vorhaben „Kalkberg“ für den städtischen Haushalt bereits hat bzw. welche Auswirkungen in den nächsten Haushaltsjahren noch zu erwarten ist.
 - d. Die synoptische Darstellung eines Vergleichs möglicher Alternativstandorte laut Ziffer 4 des Ratsbeschlusses vom 15.12.2015 einschließlich der Schätzung der Investitionskosten – in Ergänzung der Mitteilung 0057/2016 vom 25.01.2016. Dabei sind die genehmigungsrechtlichen Fragen und Erfordernisse im Vorfeld mit der Bezirksregierung Düsseldorf zu erörtern und die Ergebnisse darzustellen.
4. Es ist darzustellen, welche Maßnahmen tatsächlich notwendig wären, um die ursprünglich geplante und vom Rat beschlossene Begehbarkeit des Kalkbergs zu realisieren, sowie die Projekte Nummer 4.5.1, Nummer 2.5.3 und Nummer 2.04.

des Integriertes Handlungskonzept "Starke Veedel – Starkes Köln" umsetzen zu können.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:

Diese Angelegenheit wurde gemeinsam mit den Punkten

1.1 Aktuelle Stunde der Fraktion Die Linke., der Gruppe Piraten, der Gruppe Deine Freunde und von Ratsmitglied Walter Wortmann (Freie Wähler Köln) betreffend "Geplante Hubschrauberbetriebsstation Kalkberg"
AN/0488/2016

und

3.1.12 Dringlichkeitsantrag der Fraktion Die Linke. betreffend "Stopp der Hubschrauberstation Kalkberg – weiteres Vorgehen"
AN/0520/2016

behandelt.

**3.1.12 Dringlichkeitsantrag der Fraktion Die Linke. betreffend "Stopp der Hubschrauberstation Kalkberg – weiteres Vorgehen"
AN/0520/2016**

Beschlüsse:

I. Beschluss über Ziffer 1:

1. Die Baustelle der Hubschrauberbetriebsstation auf dem Kalkberg wird endgültig stillgelegt, als solche aufgegeben und mit dem Rückbau wird begonnen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke., der Gruppe Piraten, der Gruppe Deine Freunde und gegen die Stimme von Ratsmitglied Wortmann (Freie Wähler Köln) **abgelehnt**.

II. Beschluss über Ziffer 2:

2. Es ist darzustellen, welche Maßnahmen tatsächlich notwendig wären, um die ursprünglich geplante und vom Rat beschlossene Begehbarkeit des Kalkbergs zu realisieren, sowie die Projekte Nummer 4.5.1, Nummer 2.5.3 und Nummer 2.04. des Integriertes Handlungskonzept "Starke Veedel – Starkes Köln" umsetzen zu

können.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

III. Beschluss über Ziffer 3:

3. Das Amt für Umwelt- und Verbraucherschutz übernimmt die Federführung für die Deponiesanierung.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke., der Gruppe Piraten, der Gruppe Deine Freunde und gegen die Stimme von Ratsmitglied Wortmann (Freie Wähler Köln) **abgelehnt**.

Anmerkungen:

Ziffer 2 des Beschlusses wird zu Ziffer des vorhergehenden Antrages (s. Beschluss zu Punkt 3.1.11).

Diese Angelegenheit wurde gemeinsam mit den Punkten

- 1.1 Aktuelle Stunde der Fraktion Die Linke., der Gruppe Piraten, der Gruppe Deine Freunde und von Ratsmitglied Walter Wortmann (Freie Wähler Köln) betreffend "Geplante Hubschrauberbetriebsstation Kalkberg"
AN/0488/2016

und

- 3.1.11 Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion betreffend "Hubschrauberstation Kalkberg – weiteres Vorgehen"
AN/0519/2016

behandelt.

- 3.2 Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen gemäß § 37 Absatz 5 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**

Zu diesem Punkt liegt nichts vor.

4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

**4.1 Anfrage der Fraktion Die Linke. betreffend "Kostensteigerungen bei Großprojekten"
AN/1886/2015**

**Antwort der Verwaltung vom 14.03.2016
0602/2016**

Hierzu liegt eine schriftliche Mitteilung der Verwaltung vor.

Die Oberbürgermeisterin sagt Ratsmitglied Stahlhofen eine schriftliche Antwort auf ihre Nachfrage zu.

**4.2 Anfrage der Gruppe Piraten betreffend "Beeinträchtigen Gruppen und Einzelmandatsträger die Arbeitsfähigkeit der Kölner Kommunalpolitik?"
AN/1926/2015**

**Antwort der Verwaltung vom 14.03.2016
0903/2016**

Hierzu liegt eine Mitteilung der Verwaltung vor.

**4.3 Anfrage der Gruppe Piraten betreffend "Wie geht es weiter an der Drehscheibe für Flüchtlinge am Flughafen?"
AN/0218/2016**

**Abschließende Beantwortung der Verwaltung vom 24.02.2016
0521/2016**

Hierzu liegt eine Mitteilung der Verwaltung vor.

**4.4 Anfrage der Gruppe Piraten betreffend "Stand der Umsetzung des papierlosen Rates"
AN/0219/2016**

**Antwort der Verwaltung vom 14.03.2016
0385/2016**

Hierzu liegt eine Mitteilung der Verwaltung vor.

**4.5 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend "Sicherheitssituation in der Silvesternacht"
AN/0235/2016**

**Antwort der Verwaltung vom 14.03.2016
0562/2016**

Hierzu liegt eine Mitteilung der Verwaltung vor.

**4.6 Anfrage der Gruppe pro Köln betreffend "Öffentliches Rathaus oder Litfaßsäule der Altparteien?"
AN/0210/2016**

Die Verwaltung wird die Antwort zur folgenden Sitzung nachreichen.

**4.7 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend "Asylbewerberunterbringung"
AN/0281/2016**

**Antwort der Verwaltung vom 14.03.2016
0863/2016**

Hierzu liegt eine Mitteilung der Verwaltung vor.

- 4.8 Anfrage der Fraktion Die Linke., der Gruppe Piraten, der Gruppe Deine Freunde und Ratsmitglied Wortmann (Freie Wähler Köln) betreffend "Nichtigkeit und Rückabwicklung des Vertragskonstruktes zu den Messehallen Nord"
AN/0469/2016**

**Antwort der Verwaltung vom 15.03.2016
0870/2016**

Hierzu liegt eine Mitteilung der Verwaltung vor.

- 4.9 Anfrage der Gruppe Piraten betreffend "Ordnungs- und Verkehrsdienst: Fragen zu Namensschildern und Beschwerden"
AN/0472/2016**

Die Verwaltung sagt eine Beantwortung zur folgenden Sitzung zu.

- 4.10 Anfrage der Gruppe pro Köln betreffend "Übergriffe auf Kinder in Kölner Schwimmbädern"
AN/0489/2016**

**Antwort der Verwaltung vom 15.03.2016
0917/2016**

Hierzu liegt eine Mitteilung der Verwaltung vor.

- 4.11 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend "Kalkberg"
AN/0503/2016**

**Antwort der Verwaltung vom 15.03.2016
0921/2016**

Hierzu liegt eine Mitteilung der Verwaltung vor.

- 4.12 Anfrage von Ratsmitglied Walter Wortmann (Freie Wähler Köln) betreffend "Auflösung der Sportstätten GmbH"**

**Antwort der Verwaltung vom 15.03.2016
0889/2016**

Hierzu liegt eine Mitteilung der Verwaltung vor.

- 5 Einwohner, Einwohnerinnen, Bürger und Bürgerinnen**
- 5.1 Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**
- 5.2 Einwohnerantrag gemäß § 25 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**
- 5.3 Bürgerbegehren und Bürgerentscheid gemäß § 26 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**
- 5.4 Anregungen und Stellungnahmen des Integrationsrates gemäß § 27 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**

Zu diesen Punkten liegt nichts vor.

- 6 Ortsrecht**
- 6.1 Satzungen**
- 6.1.1 Änderung der Vergnügungssteuersatzungen für Spielgeräte bzw. Geldspielgeräte und Spielgeräte ohne Gewinnmöglichkeit
0165/2016**

Beschluss:

Der Rat beschließt die

- a) als Anlage 1 beigefügte 6. Satzung zur Änderung der Satzung zur Besteuerung des Spielvergnügens an **Spielgeräten** im Gebiet der Stadt Köln vom 16. Dezember 2005 (Zeitraum 01.01.2006 - 30.06.2010)
- b) als Anlage 2 beigefügte 2. Satzung zur Änderung der Satzung zur Besteuerung des Spielvergnügens an **Geldspielgeräten** im Gebiet der Stadt Köln vom 15. Juni 2010 (Zeitraum 01.07.2010 - laufend)

- c) als Anlage 3 beigefügte 2. Satzung zur Änderung der Satzung zur Besteuerung des Spielvergnügens an **Spielgeräten ohne Gewinnmöglichkeit** im Gebiet der Stadt Köln vom 15. Juni 2010 (Zeitraum 01.07.2010 - laufend)

in der jeweils zu diesem Beschluss paraphierten Fassung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:

Die Ratsmitglieder Gerlach und Wiener verlassen die Sitzung nach der Behandlung dieses Punktes endgültig.

**6.1.2 Änderung der Betriebssatzung für die Bühnen der Stadt Köln
3050/2015**

Beschluss:

Der Rat beschließt die „1. Satzung zur Änderung der Betriebssatzung für die Bühnen der Stadt Köln“ in der diesem Beschluss beiliegenden Fassung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:

Diese Angelegenheit wurde gemeinsam mit den Punkten

- 10.8 Sanierung der Bühnen Köln am Offenbachplatz, Verpflichtungsermächtigungen
0262/2016

Änderungsantrag der SPD-Fraktion
AN/0524/2016

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.
AN/0526/2016
und

- 17.4 Benennung eines Technischen Betriebsleiters der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Bühnen der Stadt Köln
0812/2016

behandelt.

6.2 Gebühren-, Entgeltordnungen und ähnliches

6.2.1 5. Satzung zur Änderung der Gebührensatzung für die Rheinische Musikschule der Stadt Köln 0192/2016

Beschluss:

Der Rat beschließt die 5. Satzung zur Änderung der Gebührensatzung für die Rheinische Musikschule der Stadt Köln gemäß Anlage 1.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

6.3 Ordnungsbehördliche Verordnungen

6.3.1 3. Ordnungsbehördliche Verordnung für 2016 über das Offenhalten von Verkaufsstellen im Jahr 2016 an den in der Verordnung aufgeführten Tagen und Zeiten. 4113/2015

**Änderungsantrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion Die Linke. und der FDP-Fraktion
AN/0517/2016**

I. Beschluss gemäß Änderungsantrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion Die Linke. und der FDP-Fraktion:

Der Rat beschließt für das 2. Halbjahr 2016 im ersten Schritt die Freigabe der Öffnung von Verkaufsstellen in Köln-Deutz am 07.08.2016 und bittet die Verwaltung um erneute Vorlage der restlichen Termine des 2. Halbjahres 2016 zur Genehmigung durch den Rat nach ordentlicher Beratung durch die Bezirksvertretungen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Gruppe Deine Freunde zugestimmt.

II. Beschluss über die so geänderte Vorlage:

Der Rat beschließt für das 2. Halbjahr 2016 im ersten Schritt die Freigabe der Öffnung von Verkaufsstellen in Köln-Deutz am 07.08.2016 und bittet die Verwaltung um erneuerte Vorlage der restlichen Termine des 2. Halbjahres 2016 zur Genehmigung durch den Rat nach ordentlicher Beratung durch die Bezirksvertretungen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Gruppe Deine Freunde zugestimmt.

6.4 Sonstige städtische Regelungen

6.4.1 Neufassung der Wahlordnung für die Wahl der Seniorenvertretung der Stadt Köln 3548/2015

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt die als Anlagen 1 und 2 vorgelegte Neufassung der Wahlordnung für die Wahl der Seniorenvertretung der Stadt Köln.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

7 Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen u. -verpflichtungen für das Hj. 2015 gem. § 83 Abs. 1 u. § 85 Abs. 1 GO NRW i. V. m. der Haushaltssatzung 2015 0767/2016

Beschluss:

Der Rat nimmt Kenntnis von folgenden durch die Kämmerin/die Fachbeigeordneten in der Zeit vom 02.12.2015 bis 02.03.2016 für das Haushaltsjahr 2015 genehmigten Mehraufwendungen und Mehrauszahlungen.

Über den Ansatz im Haushaltsjahr 2015 hinausgehende (überplanmäßige) Aufwendungen

Die folgenden Mehraufwendungen wirken sich, sofern sie zahlungswirksam sind, in gleicher Höhe auf die Finanzrechnung aus und führen zu Mehrauszahlungen, die haushaltsneutral durch Um-schichtungen gedeckt wurden.

1. **1.263.000,00 EUR** in **Teilplan 0212** in Zeile 13 (Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen)
Deckung: Wenigeraufwendungen i. H. v. 1.263.000,00 EUR in **Teilplan 1601** in Zeile 20 (Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen)
2. **550.000,00 EUR** in **Teilplan 0211** in Zeile 16 (sonstige ordentliche Aufwendungen)
Deckung: Wenigeraufwendungen i. H. v. 550.000,00 EUR in Teilplan 1601 in Zeile 20 (Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen)
3. **20.000,00 EUR** in **Teilplan 0604** in Zeile 13 (Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen)
Deckung: Wenigeraufwendungen i. H. v. 15.000,00 EUR in **Teilplan 1501** in Zeile 15 (Transferaufwendungen) sowie Wenigeraufwendungen i. H. v. 5.000,00 EUR in **Teilplan 0101** in Zeile 16 (sonstige ordentliche Aufwendungen)
4. **300,00 EUR** in **Teilplan 0606** in Zeile 15 (Transferaufwendungen)
Deckung: Wenigeraufwendungen i. H. v. 300,00 EUR in **Teilplan 0604** in 15 (Transferaufwendungen)
5. **5.000,00 EUR** in **Teilplan 0410** in Zeile 16 (sonstige ordentliche Aufwendungen)
Deckung: Wenigeraufwendungen i. H. v. 5.000,00 EUR in **Teilplan 0504** in Zeile 15 (Transferaufwendungen)
6. **14.600,00 EUR** in **Teilplan 0701** in Zeile 13 (Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen) sowie
27.000,00 EUR in **Teilplan 0701** in Zeile 15 (Transferaufwendungen) sowie
15.000,00 EUR in **Teilplan 0701** in Zeile 16 (sonstige ordentliche Aufwendungen)
Deckung: Wenigeraufwendungen i. H. v. 56.600,00 EUR in **Teilplan 0504** in 15 (Transferaufwendungen)
7. **15.000,00 EUR** in **Teilplan 0801** in Zeile 16 (sonstige ordentliche Aufwendungen)
Deckung: Wenigeraufwendungen i. H. v. 5.000,00 EUR in **Teilplan 0101** in Zeile 15 (Transferaufwendungen)
8. **44.251.690,02 EUR** in **Teilplan 1601** in Zeile 20 (Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen)
Deckung: Mehrerträge i. H. v. 10.000.000,00 EUR in Teilplan 1601 in Zeile 2 (Zuweisungen und allg. Umlagen) sowie Mehrerträge i. H. v. 13.000.000,00 EUR in Teilplan 1601 in Zeile 1 (Steuern und ähnliche Abgaben) sowie Wenigeraufwendungen i. H. v. 14.500.000,00 EUR in Teilplan 1601 in Zeile 15 (Transferaufwendungen) sowie Wenigeraufwendungen i. H. v. 6.751.690,02 EUR in Teilplan 1601 in Zeile 16 (sonstige ordentliche Aufwendungen)
9. **1.000,00 EUR** in **Teilplan 0507** in Zeile 13 (Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen)

Deckung: Wenigeraufwendungen i. H. v. 1.000,00 EUR in **Teilplan 0504** in Zeile 15 (Transferaufwendungen)

8 Überplanmäßige Aufwendungen

9 Außerplanmäßige Aufwendungen

Zu diesen Punkten liegt nichts vor.

10 Allgemeine Vorlagen

**10.1 Auflösung des Interkommunalen Arbeitskreises Wahner Heide e. V. (IAWH)
3779/2015**

**Änderungsantrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
AN/0523/2016**

Beschlüsse:

I. Beschluss über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

1. Der 2. Satz des Beschlussvorschlages wird wie folgt geändert:

Das Vereinsvermögen soll nach einem noch auszuarbeitenden Vorschlag des amtierenden Vorstandes zu gleichen Teilen auf die kommunalen Heideportale Gut Leidenhausen (Köln-Porz), Turmhof (Rösrath) und Burg Wissem (Troisdorf) sowie den Verein „Haus des Waldes e.V.“ verteilt werden.

2. Der Beschlusstext wird am Ende durch den nachfolgenden Satz ergänzt:

Der bisherige Mitgliedsbeitrag der Stadt Köln für den Interkommunalen Arbeitskreis Wahner Heide e.V. in Höhe von 2.500 € pro Jahr wird ab 2016 auf den Trägerverein Heideportal Gut Leidenhausen e.V. übertragen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

II. Beschluss über die so geänderte Vorlage:

Der Rat der Stadt Köln stimmt der am 21.08.2015 von der Delegiertenversammlung einstimmig empfohlenen Auflösung des Interkommunalen Arbeitskreises Wahner Heide e.V. (IAWH) und der Einrichtung einer interkommunalen Arbeitsgruppe zu. Das Vereinsvermögen soll nach einem noch auszuarbeitenden Vorschlag des amtierenden Vorstandes zu gleichen Teilen auf die kommunalen Heideportale Gut Leidenhausen (Köln-Porz), Turmhof (Rösrath) und Burg Wissem (Troisdorf) sowie den Verein „Haus des Waldes e.V.“ verteilt werden.

Der bisherige Mitgliedsbeitrag der Stadt Köln für den Interkommunalen Arbeitskreis Wahner Heide e.V. in Höhe von 2.500 € pro Jahr wird ab 2016 auf den Trägerverein Heideportal Gut Leidenhausen e.V. übertragen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:

Ratsmitglied Henk-Hollstein nimmt an der Beratung und der Abstimmung nicht teil.

- 10.2 1. Bedarfsfeststellung und Vorbereitung des Vergabeverfahrens
hier: Beschaffung von 240 Parkscheinautomaten (PSA)
2. Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes
hier: Teilfinanzplan 1201, Straßen, Wege, Plätze, Finanzstelle 6606-1201-0-1000 (Maßnahmen zur Parkraumbewirtschaftung)
4083/2015**

Beschluss:

1. Der Rat stellt den Bedarf zur Beschaffung von 240 Parkscheinautomaten mit Gesamtkosten in Höhe von 1.296.000 Euro fest und beauftragt die Verwaltung, das entsprechende Vergabeverfahren vorzubereiten. Auf eine Wiedervorlage im Rahmen des Vergabeverfahrens wird verzichtet.
2. Der Rat beschließt die Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen in Höhe von 800.000 Euro im Teilfinanzplan 1201, Straßen, Wege, Plätze bei der Finanzstelle 6606-1201-0-1000 (Maßnahmen zur Parkraumbewirtschaftung), Teilplanzeile 8 – Auszahlungen für Baumaßnahmen, Haushaltsjahr 2016.

Die Voraussetzungen zur vorläufigen Haushaltsführung gem. § 82 GO NRW liegen vor.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**10.3 Bericht über die öffentlichen Beteiligungen der Stadt Köln im Haushaltsjahr 2014 - Beteiligungsbericht 2014
0083/2016****Beschluss:**

Der Rat nimmt den Beteiligungsbericht 2014 zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**10.4 Kölner Verkehrs-Betriebe AG (KVB): Bürgschaftsrahmen 2016/2017 der Stadt Köln zur Besicherung von Darlehen für die Finanzierung der Nord-Süd Stadtbahn
0210/2016****Beschluss:**

Der Rat der Stadt Köln erklärt sich damit einverstanden, dass die Stadt Köln in den Haushaltsjahren 2016 und 2017 selbstschuldnerische, modifizierte Ausfallbürgschaften für Darlehen, die der Teilfinanzierung der Tunnel- und Haltestellenanlagen des Projekts Nord-Süd Stadtbahn dienen, bis zu einer Gesamthöhe von 35,0 Mio. € übernimmt. Die Darlehensbesicherung erfolgt zugunsten der Kölner Verkehrs-Betriebe AG – kann aber alternativ auch zugunsten der Stadtwerke Köln GmbH erfolgen mit der Auflage, die Mittel zweckgebunden für das Projekt Nord-Süd Stadtbahn an die Kölner Verkehrs-Betriebe AG weiterzuleiten.

Bei der Aufnahme der einzelnen Tranchen sind die jeweils am Kapitalmarkt erreichbaren günstigsten Konditionen zugrunde zu legen. Außerdem besteht die Verpflichtung, vor der Aufnahme eines jeden Darlehens unter Mitteilung der angebotenen Konditionen die Zustimmung der Stadt Köln einzuholen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**10.5 "Null Toleranz für Raser" - Ordnungsbehördliche Maßnahmen gegen die Raserszene im Kölner Stadtgebiet - Maßnahmenpaket II - Auenweg und Ringe
3678/2015**

Beschluss gemäß Empfehlung des Ausschusses Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales vom 07.03.2016:

Der Rat beschließt:

1. Der Bedarf in Höhe von 428.400,- Euro (brutto) wird anerkannt.
2. Zur Finanzierung der Investitionskosten in Höhe von 428.400,- Euro beschließt der Rat eine vorläufige außerplanmäßige Bereitstellung von Auszahlungsermächtigungen gemäß § 83 GO NW im Haushaltsjahr 2016 im Teilfinanzplan 0205 – Verkehrsüberwachung, Teilplanzeile 8, Auszahlungen für Baumaßnahmen. Hier-von entfallen 257.000 Euro auf die neu einzurichtenden Finanzstelle 3200-0205-1-2100, Geschwindigkeitsüberwachung Kölner Ringe und 171.400 Euro auf die neu einzurichtende Finanzstelle 3200-0205-9-2500, Geschwindigkeitsüberwachung Auenweg.

Die vorläufige Deckung erfolgt durch entsprechende Wenigerauszahlungen im Teilfinanzplan 0212, Brand- und Bevölkerungsschutz, Rettungsdienst, Teilplanzei-le 9, Auszahlungen für den Erwerb von bewegl. Anlagevermögen, Finanzstelle 3701-0212-0-0100, Kraftfahrzeuge.

Weiterhin beauftragt der Rat die Verwaltung, die erforderlichen Auszahlungser-mächtigungen in Höhe von insgesamt 428.400 Euro im Haushaltsplan 2016/2017 zu veranschlagen. Mit Inkrafttreten der Haushaltssatzung 2016 ist die außerplan-mäßige Mittelbereitstellung rückabzuwickeln.

3. **Die derzeitigen Maßnahmen für den Auenweg werden im Rahmen der Neu-gestaltung des Euroforum West überprüft.**
4. Die Zusetzung von 1,0 Stelle in BGr. A10 ÜBesG NRW bzw. VGr. IV b, Fgr. 1a BAT (Entgeltgruppe E9 TVöD), zunächst auf zwei Jahre befristet.

Da eine Besetzung der Stelle bereits mit sofortiger Wirkung notwendig ist, wird die entsprechende Stelle im Vorgriff auf den Stellenplan 2016/2017 verwaltungsintern zur Verfügung gestellt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**10.6 Prüfung des Gesamtabschlusses 2010
0321/2016**

Beschluss:

Der Rat nimmt den als Anlage beigefügten, von der Kämmerin aufgestellten und von der Oberbürgermeisterin bestätigten Entwurf des Gesamtabschlusses für das Jahr 2010 zur Kenntnis und beschließt, den Rechnungsprüfungsausschuss mit der Prüfung des Gesamtabschlusses 2010 gemäß § 116 Abs. 6 Gemeindeordnung NRW zu beauftragen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**10.7 Neufestsetzung der Eintrittspreise des Gürzenich-Orchesters Köln ab
der Spielzeit 2016/2017
0395/2016**

Beschluss:

Der Rat setzt die Eintrittspreise für die Konzerte des Gürzenich-Orchesters Köln in der Kölner Philharmonie ab der Spielzeit 2016/2017 in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung neu fest.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**10.8 Sanierung der Bühnen Köln am Offenbachplatz, Verpflichtungsermächtigungen
0262/2016**

**Änderungsantrag der SPD-Fraktion
AN/0524/2016**

**Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.
AN/0526/2016**

Beschlüsse:

I. Beschlüsse über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion:

I.1 Beschluss über Ziffer 1:

Der Rat beschließt,

1. dass die laufende Bauausführung der Baumaßnahme Sanierung Bühnen Köln mit Ausnahme der Ziffer 2 dieses Antrags bis auf weiteres ruhend gestellt wird.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD-Fraktion und bei Stimmenthaltung von Ratsmitglied Hegenbarth (Gruppe Piraten) **abgelehnt**.

I.2 Beschluss über Ziffer 2:

2. Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, welche Bauleistungen (z.B. weit fortgeschrittene oder von dem gestörten Bauablauf nicht unmittelbar betroffene Gewerke) aus Gründen der Wirtschaftlichkeit von der Ruhendstellung ausgenommen werden und fortgesetzt werden sollen. Die Kosten dafür sind detailliert darzustellen. Das Ergebnis ist dem Rat zum Beschluss vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Die Linke. sowie bei Stimmenthaltung von Ratsmitglied Hegenbarth (Gruppe Piraten) **abgelehnt**.

I.3 Beschluss über Ziffer 3:

3. Die Verwaltung wird beauftragt die Projektorganisation sowie die Entscheidungs-/Ablauf- und Auftragsstrukturen neu zu ordnen und zweckmäßig zu konsolidieren. Eine Übersicht ist dem Rat zeitnah zur Kenntnis zu geben

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Die Linke. sowie bei Stimmenthaltung von Ratsmitglied Hegenbarth (Gruppe Piraten) **abgelehnt**.

I.4 Beschluss über Ziffer 4:

4. Die geplante Schaffung und Besetzung einer Position des technischen Betriebsleiters mit allen dafür notwendigen von der Oberbürgermeisterin abgeleiteten Bauherrenkompetenzen sowie der notwendigen Ressourcen ist zügig voranzutreiben.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Die Linke. sowie bei Stimmenthaltung von Ratsmitglied Hegenbarth (Gruppe Piraten) **abgelehnt**.

I.5 Beschluss über Ziffer 5:

5. Die Verwaltung legt dem Rat eine Entscheidung zur Finanzierung und Wiederaufnahme der Baumaßnahme Sanierung Bühnen Köln zeitnah, spätestens bis zum Jahresablauf 2016, unter folgenden Maßgaben vor:
 - a. Die Ursachen und Auswirkungen (Mängel) des gestörten Bauablaufs, insbesondere im Bereich der TGA-Planung und Ausführung, werden identifiziert und hinsichtlich ihrer Kostenfolge und Auswirkungen auf den weiteren Baufortschritt evaluiert. Der gesamte Bauablauf wird geordnet, die Abläufe neu strukturiert, Verantwortlichkeiten richtig definiert und Gewerkeabhängigkeiten neu organisiert. Die aufgetretenen Ausführungsmängel sind schnellstmöglich zu erfassen und Strategien zu ihrer Beseitigung zu entwickeln. Soweit hierfür externer Sachverstand (TA-Planungsbüros etc.) erforderlich ist, sind die notwendigen Schritte für eine Beauftragung einzuleiten bzw. voranzutreiben.
 - b. Die Verwaltung legt dem Rat einen Zeit-Maßnahmen-Plan zur Sanierungsplanung sowie einen aktualisierten und qualifizierten Kostenbericht zur Gesamtkostenentwicklung inkl. der geschätzten Gesamtkosten vor. Die neu aufgesetzte Sanierungsplanung soll – unter Berücksichtigung des bestehenden Beschlusslage insbesondere des 11-Punkte Plans – die notwendigen Bedarfe berücksichtigen, aber auch Einsparpotentiale benennen, die sich aus einer optimierten Organisations- und Ablaufstruktur ergeben, um die Mehrkosten im Verhältnis zur ursprünglich bewilligten Kostenplanung zu dämpfen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Die Linke. sowie bei Stimmenthaltung von Ratsmitglied Hegenbarth (Gruppe Piraten) **abgelehnt**.

I.6 Beschluss über Ziffer 6:

6. Die Verwaltung wird beauftragt, die laufenden Vertragsverhältnisse im Zusammenhang mit der Baustelle im Rahmen der Ruhendstellung zu überprüfen und darzustellen. Die rechtswirksamen und bezifferbaren Verbindlichkeiten, die über das bisher genehmigte Budget von EUR 287,8 Mio. brutto hinausgehen, sind detailliert darzulegen. Gleiches gilt für die Kosten von zwingend notwendigen Maßnahmen zur Vermeidung von Schäden an der Baustelle oder von Baufortschritten während der Konsolidierungsphase. Das Ergebnis ist dem Rat (ggf. im Dringlichkeitsverfahren) zum Beschluss vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Die Linke. sowie bei Stimmenthaltung von Ratsmitglied Hegenbarth (Gruppe Piraten) **abgelehnt**.

I.7 Beschluss über Ziffer 7:

7. Der Rat und seine Fachausschüsse werden regelmäßig über alle wesentlichen Entwicklungen auf der Baustelle informiert (Planungs- und Baufortschritte, Kostenentwicklung, Störungen bei der Bauausführung etc.).

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Die Linke. sowie bei Stimmenthaltung von Ratsmitglied Hegenbarth (Gruppe Piraten) **abgelehnt**.

Anmerkung:

Ratsmitglied Weisenstein beantragte zu diesem Änderungsantrag Einzelabstimmung.

II. Beschluss über den Änderungsantrag Der Fraktion Die Linke.:

In der Beschlussvorlage DS 0262/2016 wird in Beschlusspunkt 2 der Satz:

„In einem ersten Schritt wird das neue Budget um 60 Mio. € auf zunächst 347,8 Mio. € brutto begrenzt.....wieder einen geordneten Bauablauf herzustellen.“

ersetzt durch:

Der Rat beschließt 30 Millionen als erste Zahlung.
Weitere 30 Millionen werden erst nach der Planungsvorlage durch den neuen technischen Betriebsleiter per Ratsbeschluss gewährt.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke. **abgelehnt.**

III. Beschlüsse über die Verwaltungsvorlage:

III.1 Beschluss über Ziffer 2 der Vorlage:

2. Der Rat beschließt in Kenntnis der Tatsache, dass die Baumaßnahme Sanierung Bühnen Köln am Offenbachplatz nicht vor Mitte 2018 beendet sein wird und das bisher genehmigte Budget von EUR 287,8 Mio. brutto nach derzeitigem Kenntnisstand nicht auskömmlich ist, dass die Bühnen zur Fortführung und Vollendung des Bauvorhabens weitere Verpflichtungen eingehen dürfen, die das bisher genehmigte Budget überschreiten. In einem ersten Schritt wird das neue Budget durch Erhöhung um 60 Mio. € auf zunächst EUR 347,8 Mio. €brutto begrenzt. Dies beinhaltet die Bereitstellung von 30 Mio. € auf Basis des Monatsberichts des Projektsteuerers (Stand 23.12.2015) sowie weitere 30 Mio. €, um in den weiteren Vertragsverhandlungen mit den Planern und ausführenden Unternehmen wieder einen geordneten Bauablauf herzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Die Linke. sowie bei Stimmenthaltung von Ratsmitglied Hegenbarth (Gruppe Piraten) **zugestimmt.**

III.2 Beschluss über Ziffer 4 der Vorlage:

4. Der Rat beschließt, dass eine weitere Erhöhung über diese neue Budgetgrenze hinaus einer weiteren Beschlussvorlage bedarf, in der die Mittelverwendung im Einzelnen darzulegen ist. Der Rat behält sich vor, die Budgetfreigabe für künftig einzugehende Verpflichtungen im Rahmen etwa erforderlicher Steuerungsmaßnahmen aufzuheben (Rückholrecht). Das von der Betriebsleitung der Bühnen aufgestellte Finanzierungskonzept, das der Rat mit Beschluss vom 12.05.2015 zur Kenntnis genommen hat, ist unter Berücksichtigung der veränderten Budgetentwicklung anzupassen und den Ratsgremien vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD-Fraktion sowie bei Stimmenthaltung von Ratsmitglied Hegenbarth (Gruppe Piraten) **zugestimmt**.

III.1 Beschluss über die Ziffern 1; 3 und 5 - 9 der Vorlage:

1. Der Rat stimmt der Neustrukturierung der Projektorganisation zur „Sanierung der Bühnen am Offenbachplatz“ durch die Schaffung eines technischen Betriebsleiters als 4. Mitglied der Betriebsleitung der Bühnen der Stadt Köln zu. Die Bestellung und Anstellung der technischen Betriebsleitung sowie die dafür notwendige Satzungsänderung erfolgt auf Grundlage gesonderter Beschlussvorlagen. Die Bestellung und Anstellung des 4. Betriebsleiters ist zum 01.05.2016 vorgesehen. Der technischen Betriebsleitung obliegt die vollumfängliche Wahrnehmung der Bauherrenaufgaben (Planung, Steuerung und Kontrolle der Sanierungsmaßnahme) mit dem Ziel, die Sanierung von Oper und Schauspielhaus sowie den Bau von Kinderoper und Neuem Haus am Offenbachplatz so qualitativ, so schnell und so kostengünstig wie möglich abzuschließen. Bauherrn- und Projektleitungsfunktionen werden bei Vermeidung der bisher vorhandenen Schnittstelle gebündelt. Die zur Durchführung dieser Aufgaben notwendigen finanziellen und personellen Ressourcen werden zur Verfügung gestellt. Das gilt insbesondere für die Verstärkung der Projekt- und Bauleitung. Die technische Betriebsleitung unterrichtet regelmäßig die zuständigen Ratsgremien (Betriebsausschuss Bühnen, Finanzausschuss, Rat) und die Öffentlichkeit über den Fortgang des Projekts. Nach Arbeitsaufnahme der neuen Betriebsleitung wird den zuständigen Ratsgremien nach endgültiger Festlegung der neuen Strukturen ein Organigramm vorgelegt.
- 3 Die Entwicklung der Kosten ist den zuständigen Ratsgremien in aussagefähigen Monatsberichten zu den jeweiligen Ausschuss-Sitzungen darzustellen.
5. Weiterführende, konkretisierende Aussagen zu Kosten und Terminen werden vom technischen Betriebsleiter zum frühestmöglichen Zeitpunkt vorgelegt. Wesentliche Voraussetzungen hierfür sind die Beauftragung der neuen Planer und Bauleiter nach dem Abschluss der hierfür erforderlichen Vergabeverfahren, die Ergebnisse der anstehenden Vertragsverhandlungen mit allen Projektbeteiligten sowie der Ausgang der Verhandlungen zur Fortführung der Leistungen des insolventen Gebäudetechnikunternehmens.
6. Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass folgende Sachverhalte sich positiv auf die wirtschaftliche Entwicklung der Bühnen auswirken werden:
 - Durch die Geltendmachung von Ansprüchen gegen Baubeteiligte wegen mangelhafter Leistungen, Verzugs und sonstiger Pflichtverletzungen können sich die Projektkosten, noch reduzieren. Planungshaftpflichtansprüche sind dabei über die projektbezogene BauRisk-All-in-One-Versicherung abgesichert.
 - Die günstige Zinsentwicklung wird die für die Projektfinanzierung entstehende

Erhöhung des Betriebskostenzuschusses der Bühnen vermindern.

Diese Auswirkungen haben keinen Einfluss auf die für die Fortsetzung des Projekts aktuell erforderliche Liquidität und auf das festzulegende Gesamtbudget.

7. Die Bühnen werden beauftragt, den 11-Punkte-Plan gemäß dem Beschluss des Rates vom 10.09.2015 weiter konsequent umzusetzen und unter Berücksichtigung der Neubeauftragung der zu findenden Planer und Bauleiter und der Ergebnisse der Verhandlungen mit den Projektbeteiligten einschließlich des insolventen Gebäudetechnikunternehmens fortzuschreiben. Ein fortgesetztes, striktes Kostencontrolling und –management ist im Rahmen des 11-Punkte-Plans durchzuführen. Sollten weitere unerwartete Bauablaufstörungen eintreten, die die Budgeteinhaltung und/oder die Terminplanung beeinflussen können, sind die zuständigen Ratsgremien sowie über mögliche Steuerungsmaßnahmen umgehend zu informieren.
8. Bei den anstehenden Verhandlungen mit den Projektbeteiligten sind weitere Kostenerhöhungen wegen Bauzeitverlängerung zu vermeiden. Insbesondere ist jeweils zu prüfen, ob eine Vertragsbeendigung mit späterer Neuausschreibung zur Kostenreduzierung geeignet ist. Ansprüche des Bauherrn gegenüber Baubeteiligten wegen mangelhafter Leistungen, Verzugs und sonstiger Pflichtverletzungen sind auf der Grundlage eines strukturierten Forderungsmanagementsystems zu dokumentieren, zu bewerten und durchzusetzen. Soweit erforderlich, ist dabei die projektbezogene BauRisk-All-in-One-Versicherung in Anspruch zu nehmen. Soweit wegen bestehender Mängel von Werkleistungen gegen Baubeteiligte Nachbesserungsansprüche bestehen, deren Erfüllung den verbleibenden Gesamtaufwand bis zur Fertigstellung reduzieren kann, sind diese Ansprüche mit dem Ziel der Mängelbeseitigung zu verfolgen.
9. Da die Sanierung nicht vor Mitte 2018 abgeschlossen sein wird und die Nutzung des Staatenhauses zum Spielzeitende 2016/2017 zwecks Etablierung eines Musicaltheaters gemäß Beschlusslage des Rates beendet wird, beauftragt der Rat die Verwaltung, zeitnah ein Konzept für die Verlängerung des Interim-Spielbetrieb von Oper, Schauspiel und Tanzgastspiele in Form einer Beschlussvorlage vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

IV. Gesamtabstimmung:

1. Der Rat stimmt der Neustrukturierung der Projektorganisation zur „Sanierung der Bühnen am Offenbachplatz“ durch die Schaffung eines technischen Betriebsleiters als 4. Mitglied der Betriebsleitung der Bühnen der Stadt Köln zu. Die Bestellung und Anstellung der technischen Betriebsleitung sowie die dafür notwendige Satzungsänderung erfolgt auf Grundlage gesonderter Beschlussvorlagen. Die Bestellung und Anstellung des 4. Betriebsleiters ist zum 01.05.2016 vorgesehen. Der technischen Betriebsleitung obliegt die vollumfängliche Wahrnehmung der Bau-

herrenaufgaben (Planung, Steuerung und Kontrolle der Sanierungsmaßnahme) mit dem Ziel, die Sanierung von Oper und Schauspielhaus sowie den Bau von Kinderoper und Neuem Haus am Offenbachplatz so qualitativ, so schnell und so kostengünstig wie möglich abzuschließen. Bauherrn- und Projektleitungsfunktionen werden bei Vermeidung der bisher vorhandenen Schnittstelle gebündelt. Die zur Durchführung dieser Aufgaben notwendigen finanziellen und personellen Ressourcen werden zur Verfügung gestellt. Das gilt insbesondere für die Verstärkung der Projekt- und Bauleitung. Die technische Betriebsleitung unterrichtet regelmäßig die zuständigen Ratsgremien (Betriebsausschuss Bühnen, Finanzausschuss, Rat) und die Öffentlichkeit über den Fortgang des Projekts. Nach Arbeitsaufnahme der neuen Betriebsleitung wird den zuständigen Ratsgremien nach endgültiger Festlegung der neuen Strukturen ein Organigramm vorgelegt.

2. Der Rat beschließt in Kenntnis der Tatsache, dass die Baumaßnahme Sanierung Bühnen Köln am Offenbachplatz nicht vor Mitte 2018 beendet sein wird und das bisher genehmigte Budget von EUR 287,8 Mio. brutto nach derzeitigem Kenntnisstand nicht auskömmlich ist, dass die Bühnen zur Fortführung und Vollendung des Bauvorhabens weitere Verpflichtungen eingehen dürfen, die das bisher genehmigte Budget überschreiten. In einem ersten Schritt wird das neue Budget durch Erhöhung um 60 Mio. € auf zunächst EUR 347,8 Mio. € brutto begrenzt. Dies beinhaltet die Bereitstellung von 30 Mio. € auf Basis des Monatsberichts des Projektsteuerers (Stand 23.12.2015) sowie weitere 30 Mio. €, um in den weiteren Vertragsverhandlungen mit den Planern und ausführenden Unternehmen wieder einen geordneten Bauablauf herzustellen.
3. Die Entwicklung der Kosten ist den zuständigen Ratsgremien in aussagefähigen Monatsberichten zu den jeweiligen Ausschuss-Sitzungen darzustellen.
4. Der Rat beschließt, dass eine weitere Erhöhung über diese neue Budgetgrenze hinaus einer weiteren Beschlussvorlage bedarf, in der die Mittelverwendung im Einzelnen darzulegen ist. Der Rat behält sich vor, die Budgetfreigabe für künftig einzugehende Verpflichtungen im Rahmen etwa erforderlicher Steuerungsmaßnahmen aufzuheben (Rückholrecht). Das von der Betriebsleitung der Bühnen aufgestellte Finanzierungskonzept, das der Rat mit Beschluss vom 12.05.2015 zur Kenntnis genommen hat, ist unter Berücksichtigung der veränderten Budgetentwicklung anzupassen und den Ratsgremien vorzulegen.
5. Weiterführende, konkretisierende Aussagen zu Kosten und Terminen werden vom technischen Betriebsleiter zum frühestmöglichen Zeitpunkt vorgelegt. Wesentliche Voraussetzungen hierfür sind die Beauftragung der neuen Planer und Bauleiter nach dem Abschluss der hierfür erforderlichen Vergabeverfahren, die Ergebnisse der anstehenden Vertragsverhandlungen mit allen Projektbeteiligten sowie der Ausgang der Verhandlungen zur Fortführung der Leistungen des insolventen Gebäudetechnikunternehmens.
6. Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass folgende Sachverhalte sich positiv auf die wirtschaftliche Entwicklung der Bühnen auswirken werden:
 - Durch die Geltendmachung von Ansprüchen gegen Baubeteiligte wegen mangelhafter Leistungen, Verzugs und sonstiger Pflichtverletzungen können

sich die Projektkosten, noch reduzieren. Planungshaftpflichtansprüche sind dabei über die projektbezogene BauRisk-All-in-One-Versicherung abgesichert.

- Die günstige Zinsentwicklung wird die für die Projektfinanzierung entstehende Erhöhung des Betriebskostenzuschusses der Bühnen vermindern.

Diese Auswirkungen haben keinen Einfluss auf die für die Fortsetzung des Projekts aktuell erforderliche Liquidität und auf das festzulegende Gesamtbudget.

7. Die Bühnen werden beauftragt, den 11-Punkte-Plan gemäß dem Beschluss des Rates vom 10.09.2015 weiter konsequent umzusetzen und unter Berücksichtigung der Neubeauftragung der zu findenden Planer und Bauleiter und der Ergebnisse der Verhandlungen mit den Projektbeteiligten einschließlich des insolventen Gebäudetechnikunternehmens fortzuschreiben. Ein fortgesetztes, striktes Kostencontrolling und –management ist im Rahmen des 11-Punkte-Plans durchzuführen. Sollten weitere unerwartete Bauablaufstörungen eintreten, die die Budgeteinhaltung und/oder die Terminplanung beeinflussen können, sind die zuständigen Ratsgremien sowie über mögliche Steuerungsmaßnahmen umgehend zu informieren.
8. Bei den anstehenden Verhandlungen mit den Projektbeteiligten sind weitere Kostenerhöhungen wegen Bauzeitverlängerung zu vermeiden. Insbesondere ist jeweils zu prüfen, ob eine Vertragsbeendigung mit späterer Neuausschreibung zur Kostenreduzierung geeignet ist. Ansprüche des Bauherrn gegenüber Baubeteiligten wegen mangelhafter Leistungen, Verzugs und sonstiger Pflichtverletzungen sind auf der Grundlage eines strukturierten Forderungsmanagementsystems zu dokumentieren, zu bewerten und durchzusetzen. Soweit erforderlich, ist dabei die projektbezogene BauRisk-All-in-One-Versicherung in Anspruch zu nehmen. Soweit wegen bestehender Mängel von Werkleistungen gegen Baubeteiligte Nachbesserungsansprüche bestehen, deren Erfüllung den verbleibenden Gesamtaufwand bis zur Fertigstellung reduzieren kann, sind diese Ansprüche mit dem Ziel der Mängelbeseitigung zu verfolgen.
9. Da die Sanierung nicht vor Mitte 2018 abgeschlossen sein wird und die Nutzung des Staatenhauses zum Spielzeitende 2016/2017 zwecks Etablierung eines Musicaltheaters gemäß Beschlusslage des Rates beendet wird, beauftragt der Rat die Verwaltung, zeitnah ein Konzept für die Verlängerung des Interim-Spielbetrieb von Oper, Schauspiel und Tanzgastspiele in Form einer Beschlussvorlage vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich mit den Stimmen der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der FDP-Fraktion, der Gruppe Deine Freunde sowie mit den Stimmen von Ratsmitglied Wortmann (Freie Wähler Köln) und der Oberbürgermeisterin sowie bei Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke. und bei Enthaltung von Ratsmitglied Hegenbarth (Gruppe Piraten) **zugestimmt**.

Anmerkungen:

Ratsmitglied Pöttgen beantragte, die Punkte 2 und 4 einzeln und getrennt von den übrigen Punkten 1; 3; 5 – 9 abzustimmen.

Diese Vorlage wurde wegen des Sachzusammenhangs gemeinsam mit den Punkten

6.1.2 Änderung der Betriebssatzung für die Bühnen der Stadt Köln
3050/2015

und

17.4 Benennung eines Technischen Betriebsleiters der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Bühnen der Stadt Köln
0812/2016

behandelt.

10.9 Konzept "Mehr Präsenz und Ahndung durch verstärkten Ordnungsdienst" 0423/2016

Beschluss in der Fassung der Empfehlung des Ausschusses Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales vom 07.03.2016:

Der Rat beschließt in Abänderung seines ursprünglichen Beschlusses vom 23.06.2015 zum Stellenplan 2015 (1510/2015) die vorgezogene Besetzungsfreigabe von 60 Stellen im Ordnungsdienst zum nächstmöglichen Zeitpunkt.

Die für 2017 geplante Evaluation wird unbenommen von der vorgezogenen Besetzungsfreigabe beibehalten.

1. Die Einstellung von zusätzlichen Ordnungskräften soll dazu dienen, bei Problemlagen in Köln besser intervenieren zu können. Dies betrifft den Bereich Bahnhofsvorplatz, Domumgebung, Altstadt, Kölner Ringe und weitere Citybereiche, die Erhöhung der Präsenz in anderen Teilen des Kölner Stadtgebiets sowie die intensivierte Zusammenarbeit zwischen Ordnungsdienst und Polizei in Ordnungspartnerschaften. Die Handlungsfähigkeit des zentralen Ordnungsdienstes ist entsprechend zu optimieren. Zudem sind Aufgaben und Personaleinsatz des Bezirksordnungsdienstes je Stadtbezirk zu prüfen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, einen Vorschlag für die Finanzierung zusätzlicher Streetwork-Stellen im Rahmen des weiter entwickelten Konzepts „Steuerung und Intervention durch Streetwork“ vorzulegen, um kurzfristig weitere Streetwork-Teams zu schaffen und die Zusammenarbeit von städtischen Diensten, Trägern der freien Jugendhilfe, Schulen, Vereinen und Polizei zu verstärken.
3. In einem modifizierten Konzept "Mehr Präsenz und Ahndung durch verstärkten Ordnungsdienst" ist der zukünftige zentrale und dezentrale Einsatz der Ordnungskräfte konkret und dem Ausschuss kurzfristig darzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

10.10 Markenprozess Köln - Erfüllung des Ratsauftrages und Fortführung der Aufgabe 3383/2015

**Änderungsantrag der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
und der FDP-Fraktion
AN/0505/2016**

Beschlüsse:

I. Beschluss über den Änderungsantrag der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion:

Die Verwaltung wird daher beauftragt, die unterschiedlichen Aktivitäten für Stadtmarketing und Außenkommunikation zügig zu bündeln und neu zu ordnen, um ein zukunftsträchtiges und abgestimmtes Gesamtkonzept für ein international ausgerichtetes einheitliches Stadtmarketing und eine darauf basierende Außenkommunikation zu entwickeln und umzusetzen. Bewährte im Rahmen des „Markenprozesses“ etablierte Marketing-Instrumente, wie der von KölnTourismus betriebene Markenshop mit integriertem Mediaserver sollen fortgeführt und weiter entwickelt werden.

Die mit diesem Beschluss bereitgestellten und aufgrund der Haushaltslage auch weiterhin begrenzten Ressourcen sind für die Neujustierung eines international ausgerichteten Stadtmarketings und einer einheitlichen Außenkommunikation zu verwenden. In diesem Rahmen ist auch der 2013 gestartete „Markenprozess“ zu evaluieren.

Die weiteren Schritte und Maßnahmen sind dem Wirtschaftsausschuss und dem Hauptausschuss vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke. zugestimmt.

II. Beschluss über die so geänderte Vorlage:

Der Rat der Stadt Köln nimmt den Erfahrungsbericht zur Kenntnis und beschließt

- den Markenprozess Köln als Aufgabe der Wirtschaftsförderung fortzuführen und inhaltlich weiterzuentwickeln

sowie

- die zur Fortführung der Aufgabe erforderliche Ressource (1,0 Stelle VA Vgr. II, Fg. 1a BAT bzw. EG 13 TVöD, vergleichbar A13 h.D. ÜBesG NRW) beim Amt für Wirtschaftsförderung, Abteilung Standortmarketing, weiterhin bereitzustellen

Die entsprechenden Aufwendungen sind in den Teilplanzeilen 11- Personalaufwendungen, 13-Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen und 16-sonst. ordentliche Aufwendungen, die entsprechenden Erträge in der Teilplanzeile 6-Kostenerstattungen und -umlagen des Teilergebnisplanes 1501 - Wirtschaft und Tourismus – des HPL. 2016/2017 und in der Mittelfristplanung zu veranschlagen.

Die Verwaltung wird daher beauftragt, die unterschiedlichen Aktivitäten für Stadtmarketing und Außenkommunikation zügig zu bündeln und neu zu ordnen, um ein zukunftssträchtiges und abgestimmtes Gesamtkonzept für ein international ausgerichtetes einheitliches Stadtmarketing und eine darauf basierende Außenkommunikation zu entwickeln und umzusetzen. Bewährte im Rahmen des „Markenprozesses“ etablierte Marketing-Instrumente, wie der von KölnTourismus betriebene Markenshop mit integriertem Mediaserver sollen fortgeführt und weiter entwickelt werden.

Die mit diesem Beschluss bereitgestellten und aufgrund der Haushaltslage auch weiterhin begrenzten Ressourcen sind für die Neujustierung eines international ausgerichteten Stadtmarketings und einer einheitlichen Außenkommunikation zu verwenden. In diesem Rahmen ist auch der 2013 gestartete „Markenprozess“ zu evaluieren.

Die weiteren Schritte und Maßnahmen sind dem Wirtschaftsausschuss und dem Hauptausschuss vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke. zugestimmt.

10.11 Planungsaufnahme zur Errichtung von Erweiterungsbauten und Sportbauten (1 Dreifach- und 1 Zweifachsporthalle) für das Barbara-von-Sell Berufskolleg und die Edith-Stein-Realschule, Niehler Kirchweg 118 und 120, 50733 Köln-Nippes 1822/2015

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt die Planungsaufnahme (bis einschließlich Leistungsphase 3 HOAI) zur Errichtung von Erweiterungsbauten für das Barbara-von-Sell Berufskolleg und die Edith-Stein- Realschule auf dem Schulgelände Niehler Kirchweg

118 und 120, 50733 Köln-Nippes, einer 3-fach Sporthalle auf dem Sportplatz im Toni-Steingaß-Park und eines Parkdecks auf dem Gelände des Berufskollegs, soweit dieses für den Stellplatznachweis erforderlich ist. Die endgültige Entscheidung über die Realisierung eines Parkdecks oder Alternativen ist im Rahmen des Baubeschlusses zu treffen.

Außerdem wird eine 2-fach Sporthalle an einem externen Standort als Ersatz für die marode 2-fach Sporthalle der Edith-Stein-Realschule errichtet.

Die Verwaltung wird beauftragt, unverzüglich die Planung und Kostenermittlung aufzunehmen und voranzutreiben.

Der Planung ist das in der Anlage aufgeführte Raumprogramm zu Grunde zu legen (Anlage 1 und 2).

Entwurfs- und konstruktionsbedingte Abweichungen sind zulässig.

Die Planung wird auf Basis des Ratsbeschlusses vom 02.02.2016 nach dem Passivhausstandard ausgeführt.

Die Planungskosten bis einschließlich Leistungsphase 3 HOAI belaufen sich nach vorläufiger Kostenannahme auf rd. 1,325 Mio € (ermittelt auf der Grundlage des Energiestandards EnEV 2014, Stand 2016).

Die tatsächlichen Planungskosten durch Umplanung auf den Passivhausstandard werden dann zum Baubeschluss vorgelegt.

Die aus dem städtischen Haushalt zu finanzierenden Planungskosten sind je zu einem Drittel im Haushaltsjahr 2017, 2018 und 2019 im Teilergebnisplan 0301, Schulträgeraufgaben in Teilplanzeile 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen zu berücksichtigen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

10.12 Kliniken der Stadt Köln gGmbH: Erhöhung der Beteiligung an der Dienstleistungs- und Einkaufsgemeinschaft kommunaler Krankenhäuser eG im Deutschen Städtetag 2472/2015

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln stimmt der Erhöhung der Beteiligung der Kliniken der Stadt Köln gGmbH auf insgesamt 48 Anteile à 3.000 € (Σ 144.000 €) an der Dienstleistungs- und Einkaufsgemeinschaft Kommunaler Krankenhäuser eG im Deutschen Städtetag (GDEKK) zu.

Darüber hinaus ist der Rat der Stadt damit einverstanden, dass die Kliniken der Stadt Köln gGmbH einen Anteil im Wert von 300 € für den Geschäftsführer der Gesellschaft im Zusammenhang mit seiner Organstellung (Aufsichtsratsvorsitzender) in der GDEKK halten.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

10.13 Errichtung eines Erweiterungsbaus mit Dreifachturnhalle für die Kaiserin-Theophanu-Schule, Gymnasium Kantstr. 3, 51105 Köln Baubeschluss 950/2015

Beschluss:

Der Rat beschließt die Errichtung eines Erweiterungsbaus mit Dreifachsporthalle für die Kaiserin-Theophanu-Schule, Gymnasium Kantstr. 3, 51103 Köln-Kalk, genehmigt den Entwurf und die Kostenberchnung nach Passivhausstandard für den Schulerweiterungsbau bzw. nach EnEV 2009 für die Sporthalle und den Ganztagerweiterungsbaus mit Gesamtkosten in Höhe von brutto 34,52 Mio € (33,47 Mio € Baukosten, 185.000 € für die Großküche und 865.000 € Einrichtungskosten) und beauftragt die Verwaltung mit der Submission und Baudurchführung.

Zudem genehmigt der Rat einen Risikozuschlag in Höhe von 7% bezogen auf die Kosten für den ersten und zweiten Bauabschnitt (26,42 Mio € inkl. Großküche). Die entspricht einem Betrag von 1,85 Mio €. Durch den Baubeschluss wird jedoch lediglich das Maßnahmenbudget ohne Risikozuschlag als Vergabevolumen freigegeben. Die Verwaltung darf über den Risikozuschlag nicht unmittelbar, sondern nur bei Risikoeintritt und nach entsprechender Mitteilung im Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft verfügen.

Die Finanzierung der Baumaßnahme erfolgt im Rahmen des Wirtschaftsplanes der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln. Der aus dem städtischen Haushalt zu finanzierende Flächenverrechnungspreis (ehemals Miete Gebäudewirtschaft) inklusive Nebenkosten und Reinigung in Höhe von voraussichtlich jährlich rd. 1.058.337 € ist ab 2019 im Teilergebnisplan 0301, Schulträgeraufgaben, Teilplanzeile 16, sonstiger ordentlicher Aufwand, zu veranschlagen.

Die Finanzierung der Einrichtungskosten erfolgt frühestens zum Haushaltsjahr 2019 aus zu veranschlagenden Mitteln aus dem Teilfinanzplan 0301, Schulträgeraufgabe, Zeile 9, Auszahlung für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**10.14 Städtebauliche Neuordnung des Domumfeldes, Bauabschnitte 1 und 3;
Bauabschnitt 2
hier: Kostenentwicklung und weitere Beschlüsse
3828/2015**

**Beschlüsse gemäß Empfehlung des Stadtentwicklungsausschusses aus seiner
Sitzung am 10.03.2016:**

I.1 Beschluss über die Ziffer 1:

Der Rat beschließt:

1. Bauabschnitt 1 und Bauabschnitt 3:
Neugestaltung der östlichen Domumgebung, Dionysoshof und Baptisterium
Neugestaltung des Domssockels im Bereich der Straße mit dem historischen Rö-
merpflaster

Die Kostenerhöhung für die städtebauliche Neuordnung des Domumfeldes im Bereich Dionysoshof/Baptisterium sowie im Bereich der Straße mit dem historischen Römerpflaster von 20,16 Mio. € um 8,34 Mio. € auf 28,5 Mio. € wird zur Kenntnis genommen. Die Verwaltung wird mit dem Abschluss der Baumaßnahme beauftragt.

Die zur weiteren Durchführung der Maßnahme benötigten investiven Auszahlungsermächtigungen in Höhe von rund 3,6 Mio. € sind im Haushaltsplanentwurf 2016/2017 inklusive Finanzplanung 2018 bis 2020 bei den Finanzstellen 6901-1202-1-0500, Umgestaltung Dionysoshof-Masterplan, Teilplanzeile 8 -Auszahlungen für Baumaßnahmen-; Haushaltsjahr 2016, und 6901-1202-1-0520, Umgestaltung Domumgebung 3. BA-Masterplan, Teilplanzeile 8 -Auszahlungen für Baumaßnahmen-; Haushaltsjahr 2016, eingeplant.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

I.2 Beschluss über die Ziffer 2:

Der Rat beschließt:

2. Bauabschnitt 2:
Neugestaltung der nördlichen Domumgebung, Bereich Trankgasse
Die Verwaltung wird beauftragt **unter Berücksichtigung des Ratsbeschlusses vom 08.04.2014 (Vorlagen-Nr. 0458/2014)**, die Planung bis zur Entwurfsplanung (Leistungsphase 3 HOAI) weiter zu betreiben und diese dann inklusive der geprüften Kostenberechnung zur weiteren Beschlussfassung vorzulegen. Die voraussichtlichen Bau- und Planungskosten werden sich auf circa 2,1 Mio. € belaufen.
Gleichzeitig beschließt der Rat zur Sicherstellung der Maßnahme die Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes in Höhe von 345.000 € (für Planungskosten) bei der Finanzstelle 6901-1202-1-0510, Umge-

staltung Domumgebung 2. BA-Masterplan, Teilplanzeile 8 -Auszahlungen für Baumaßnahmen-; Haushaltsjahr 2016.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke. zugestimmt.

I.3 Beschluss über die Ziffer 3:

Der Rat beschließt:

3. Bauabschnitt 4:
Übergangsbereich Roncalliplatz - Am Hof (Anlage 4)
Der Rat beschließt, die Umgestaltung (Planung und Bau) des öffentlichen Raumes des Bauabschnittes 4 zurückzustellen und bei der Umsetzung der "Historischen Mitte" zu berücksichtigen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

II. Gesamtabstimmung:

Der Rat beschließt:

1. Bauabschnitt 1 und Bauabschnitt 3:
Neugestaltung der östlichen Domumgebung, Dionysoshof und Baptisterium
Neugestaltung des Domsockels im Bereich der Straße mit dem historischen Römerpflaster
Die Kostenerhöhung für die städtebauliche Neuordnung des Domumfeldes im Bereich Dionysoshof/Baptisterium sowie im Bereich der Straße mit dem historischen Römerpflaster von 20,16 Mio. € um 8,34 Mio. € auf 28,5 Mio. € wird zur Kenntnis genommen. Die Verwaltung wird mit dem Abschluss der Baumaßnahme beauftragt.
Die zur weiteren Durchführung der Maßnahme benötigten investiven Auszahlungsermächtigungen in Höhe von rund 3,6 Mio. € sind im Haushaltsplanentwurf 2016/2017 inklusive Finanzplanung 2018 bis 2020 bei den Finanzstellen 6901-1202-1-0500, Umgestaltung Dionysoshof-Masterplan, Teilplanzeile 8 - Auszahlungen für Baumaßnahmen-; Haushaltsjahr 2016, und 6901-1202-1-0520, Umgestaltung Domumgebung 3. BA-Masterplan, Teilplanzeile 8 - Auszahlungen für Baumaßnahmen-; Haushaltsjahr 2016, eingeplant.
2. Bauabschnitt 2:
Neugestaltung der nördlichen Domumgebung, Bereich Trankgasse

Die Verwaltung wird beauftragt **unter Berücksichtigung des Ratsbeschlusses vom 08.04.2014 (Vorlagen-Nr. 0458/2014)**, die Planung bis zur Entwurfsplanung (Leistungsphase 3 HOAI) weiter zu betreiben und diese dann inklusive der geprüften Kostenberechnung zur weiteren Beschlussfassung vorzulegen. Die voraussichtlichen Bau- und Planungskosten werden sich auf circa 2,1 Mio. € belaufen.

Gleichzeitig beschließt der Rat zur Sicherstellung der Maßnahme die Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes in Höhe von 345.000 € (für Planungskosten) bei der Finanzstelle 6901-1202-1-0510, Umgestaltung Domumgebung 2. BA-Masterplan, Teilplanzeile 8 -Auszahlungen für Baumaßnahmen-; Haushaltsjahr 2016.

3. Bauabschnitt 4:

Übergangsbereich Roncalliplatz - Am Hof (Anlage 4)

Der Rat beschließt, die Umgestaltung (Planung und Bau) des öffentlichen Raumes des Bauabschnittes 4 zurückzustellen und bei der Umsetzung der "Historischen Mitte" zu berücksichtigen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke. zugestimmt.

Anmerkung:

Ratsmitglied Weisenstein beantragte getrennte Abstimmung.

**10.15 Ankauf eines Breviers des Kölner Erzbischofs Hermann von Hessen
0455/2016**

Beschluss:

Der Rat beschließt den Ankauf eines weiteren Breviers des Kölner Erzbischofs Hermann von Hessen (um 1485) zum Preis von 500.000 € unter der Voraussetzung einer anteiligen Drittmittel Förderung in Höhe von 333.333,34.€.

Ferner wird beschlossen, die benötigten Mittel von 166.666,67 € im Teilfinanzplan 0412 - Historisches Archiv außerplanmäßig zur Verfügung zu stellen. Die Deckung erfolgt aus dem Teilfinanzplan 0401 – Museumsreferat, Finanzstelle 4500-0401-0-1000 – Ankaufsetat Museen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei Stimmenthaltung der Gruppe Deine Freunde zugestimmt.

10.16 Errichtung eines Bildungsgangs: Höhere Berufsfachschule im Bereich Ernährung und Hauswirtschaft am Berufskolleg Ehrenfeld (BK 20) 0458/2016

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt gemäß § 81 Schulgesetz NRW (SchulG) die Errichtung des Bildungsgangs

Höhere Berufsfachschule im Fachbereich Ernährung und Hauswirtschaft in Vollzeitform

(2 Jahre) gemäß § 22 Abs. 5 SchulG und Anlage C der Verordnung über die Ausbildung und Prüfung in den Bildungsgängen des Berufskollegs (APO-BK) zum 01.08.2016 am Berufskolleg Ehrenfeld, Weinsbergstraße 72, 50823 Köln (BK 20).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

10.17 Errichtung von mehreren Schulen in modularer Bauweise / Systembauweise mit entsprechend angepasstem Baubeschlussverfahren 0460/2016

Beschluss:

Der Rat beschließt die Neubauten der Grundschulen Friedrich-Karl-Straße, Statthalterhofallee, Gaedestraße und Thessaloniki-Allee, des Gymnasiums Zusestraße und der Gesamtschule Wasseramselweg zur schnellstmöglichen Deckung des dringenden Bedarfs an Schulplätzen in modularer Bauweise zu errichten. Hierzu sind in Abänderung des geltenden Baubeschlussverfahrens die Baubeschlüsse bereits nach der Leistungsphase 2 HOAI einzuholen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei Stimmenthaltung der Gruppe Deine Freunde zugestimmt.

10.18 Erhöhung der Dozenten honorare der Volkshochschule gemäß Ratsbeschluss zur Haushaltssatzung vom 23.06.2015 0482/2016

Beschluss:

Der Rat beschließt die rückwirkende Umsetzung seines Beschlusses zur Erhöhung der VHS-Dozentenhonore vom 23.06.2015. Die Nachzahlung geht anteilig an alle Dozentinnen und Dozenten der Volkshochschule. Sie wird entsprechend der jeweils geleisteten Unterrichtseinheiten pro Dozentin bzw. Dozent ermittelt und ausgezahlt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**10.19 SBK Sozial-Betriebe Köln gGmbH: Beteiligung an der Dienstleistungs- und Einkaufsgemeinschaft kommunaler Krankenhäuser eG im Deutschen Städtetag
2479/2015**

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln stimmt der Beteiligung der SBK Sozial-Betriebe-Köln gemeinnützige GmbH in Höhe von 10 Anteilen à 3.000 € an der Dienstleistungs- und Einkaufsgemeinschaft Kommunaler Krankenhäuser eG im Deutschen Städtetag zum 01.10.2011 zu.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**10.20 Besetzung der Stelle der/des Beigeordneten Dezernat I - Allgemeine Verwaltung, Ordnung, Recht; Bestellung zur/zum Stadtdirektor/in
0735/2016**

I. Ergänzung der Anlage zur Vorlage (2. Spiegelstrich) gemäß mündlichem Änderungsantrag von Ratsmitglied Kienitz:

Weiterhin erforderlich ist:

- Erwartet **werden** ein abgeschlossenes wissenschaftliches Hochschulstudium, z.B. Vorliegen der Befähigung zum Richteramt **oder die Befähigung zum höheren nichttechnischen Verwaltungsdienst sowie** eine mehrjährige Berufserfahrung in leitenden Funktionen in einer Kommune oder vergleichbaren Einrichtungen

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

II. Beschluss über die so geänderte Vorlage:

Der Rat beschließt gemäß § 71 GO NRW die Stelle der/des Beigeordneten Dezernat I – Allgemeine Verwaltung, Ordnung und Recht – **unter Berücksichtigung der vorgenannten Änderungen** - auszuschreiben und beauftragt die Verwaltung mit der Durchführung der dafür notwendigen Schritte einschließlich der Beauftragung eines Personalberatungsunternehmens. Die/der Beigeordnete soll zur/zum allgemeinen Vertreter/in der Oberbürgermeisterin der Stadt Köln gem. § 68 Abs. 1 S. 1 GO NRW bestellt werden.

Der Rat behält sich eine Änderung des Geschäftskreises vor.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

10.21 Kommunalinvestitionsförderungsgesetz hier: Festlegung der Maßnahmen 0754/2016

Diese Angelegenheit wurde von der Verwaltung vor Eintritt in die Tagesordnung – zurückgezogen (siehe hierzu Ziffer II – Seite 4).

10.22 Teilnahme am Bundesprogramm "Sprach-Kitas- Weil Sprache der Schlüssel zur Welt ist" 0654/2016

**Änderungsantrag der SPD-Fraktion
AN/0510/2016**

**Änderungsantrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion
AN/0525/2016**

Beschlüsse:

I. Beschluss über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Förderung aus dem Bundesprogramm „Sprach-Kitas – Weil Sprache der Schlüssel zur Welt ist“ für alle städtischen Kitas zu beantragen, die nach heutigem Stand des Bundesprogramms „Sprach-Kitas“ ihr Interesse bekundet und durch das Land im Rahmen der dortigen Priorisierung als Sprach-Kita die Anerkennung erhalten haben. Die Fördervoraussetzung der Verbundbildung ist dabei zu beachten.

Die dafür erforderliche Ko-Finanzierung für den Eigenanteil ist durch entsprechende Umschichtung in den vom Dezernat Bildung, Jugend und Sport verantworteten Teilplänen sicherzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei Stimmenthaltung der Oberbürgermeisterin zugestimmt.

II. Beschluss über die so geänderte Verwaltungsvorlage:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Förderung aus dem Bundesprogramm „Sprach-Kitas – Weil Sprache der Schlüssel zur Welt ist“ für alle städtischen Kitas zu beantragen, die nach heutigem Stand des Bundesprogramms „Sprach-Kitas“ ihr Interesse bekundet und durch das Land im Rahmen der dortigen Priorisierung als Sprach-Kita die Anerkennung erhalten haben. Die Fördervoraussetzung der Verbundbildung ist dabei zu beachten.

Gleichzeitig wird die Verwaltung beauftragt, die zur Fortführung der Sprachförderung in den städtischen Kitas erforderlichen Stellen verwaltungsintern zur Verfügung zu stellen.

Die dafür erforderliche Ko-Finanzierung für den Eigenanteil ist durch entsprechende Umschichtung in den vom Dezernat Bildung, Jugend und Sport verantworteten Teilplänen sicherzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei Stimmenthaltung der Oberbürgermeisterin zugestimmt.

11 Bauleitpläne - Änderung des Flächennutzungsplanes

- 11.1 201. Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP) im Stadtbezirk 7, Köln-Porz**
Arbeitstitel: Südlich Friedensstraße in Köln-Porz-Elsdorf
hier: Offenlagebeschluss
2185/2015/1

Beschlüsse:

Der Rat beschließt, auf den in Anlage 4 dargestellten Teilbereich des "Allgemeinen Siedlungsbereiches Wahn-West" zu verzichten, um für die 201. Änderung des Flächennutzungsplanes den erforderlichen regionalplanerischen Freiraumausgleich sicherzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

12 Bauleitpläne - Anregungen / Satzungen

- 12.1 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf 68360/04**
Arbeitstitel: Otto-Hahn-Straße in Köln-Godorf
0359/2016

Beschluss:

Der Rat beschließt

1. über die zum Bebauungsplan-Entwurf 68360/04 für das Gebiet zwischen Godorfer Hauptstraße, Amselweg, Bundesautobahn 555 und der gedachten Linie bis zur Parkplätzeinfahrt des Einrichtungshauses in Köln-Godorf —Arbeitstitel: Otto-Hahn-Straße in Köln-Godorf— abgegebenen Stellungnahmen gemäß Anlagen 2 und 3;
2. den Bebauungsplan 68360/04 mit gestalterischen Festsetzungen nach § 10 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) im ergänzenden Verfahren nach § 214 Absatz 4 BauGB in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2 414) in Verbindung mit § 7 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666/SGV NW 2 023) —jeweils in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung— als Satzung mit der nach § 9 Absatz 8 BauGB beigefügten Begründung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

12.2 Beschluss über die Einleitung sowie Satzungsbeschluss betreffend die vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes 73500/02 Arbeitstitel: Katterbacher Weg in Köln-Höhenhaus, 1. Änderung 0053/2016

Beschluss:

Der Rat beschließt

1. den Bebauungsplan 73500/02 gemäß § 2 Absatz 1 in Verbindung mit § 1 Absatz 8 Baugesetzbuch (BauGB) im vereinfachten Verfahren nach § 13 BauGB für das Gebiet zwischen der Straße Im Weidenbruch, der westlichen Grenze der Willy-Brandt-Gesamtschule, dem Thuleweg, der Sigwinstraße, dem Torringer Weg, dem Katterbacher Weg, der östlichen Grundstücksgrenzen Kalmünter Weg 2 bis 24, der nördlichen Grundstücksgrenze Kalmünter Weg 24 bis zum Torringer Weg 26, der südlichen Grundstücksgrenze Torringer Weg 43 bis südlichen Grenze Im Weidenbruch 174 b bis 180 und der westlichen Grenze Im Weidenbruch 184 —Arbeitstitel: Katterbacher Weg in Köln-Höhenhaus, 1. Änderung— zu ändern;
2. die vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes 73500/02 nach § 10 Absatz 1 BauGB in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2 414) in Verbindung mit § 7 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666/ SGV NW 2 023) —jeweils in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung— als Satzung mit der nach § 9 Absatz 8 BauGB beigefügten Begründung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

13 Bauleitpläne - Aufhebung von Bebauungs- / Durchführungs- / Fluchtlini- enplänen

14 Erlass von Veränderungssperren

Zu diesen Punkten liegt nichts vor.

15 Weitere bauleitplanungsrechtliche Sachen

15.1 Umsetzung STEK Wohnen hier: Neue Flächen für den Wohnungsbau 1028/2015

Diese Angelegenheit wurde von der Verwaltung vor Eintritt in die Tagesordnung – zurückgezogen (siehe hierzu Ziffer II - Seite 4).

16 KAG-Satzungen - Erschließungsbeitragssatzungen

16.1 250. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen 4033/2015

Beschluss:

Der Rat beschließt den Erlass der 250. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

16.2 251. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen 0106/2016

Diese Angelegenheit wurde von der Verwaltung vor Eintritt in die Tagesordnung – zurückgezogen (siehe hierzu Ziffer II – Seite 4).

17 Wahlen

**17.1 Bestellung eines neuen beratenden Pflichtmitgliedes des Jugendhilfeausschuss
0495/2016**

Beschluss:

Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass die Synagogen-Gemeinde Köln

Frau Bettina Levy

als beratendes Pflichtmitglied in den Jugendhilfeausschuss bestellt. Herr Alexander Sperling verliert damit seinen Sitz.

**17.2 Denkmalschutz und Denkmalpflege
Berufung eines sachverständigen Bürgers in den Ausschuss Kunst und Kultur
0581/2016**

Beschluss:

Der Rat beruft Herrn Peter Füssenich als für die Denkmalpflege sachverständigen Bürger mit beratender Stimme zur Beratung von Aufgaben nach dem Denkmalschutzgesetz in den Ausschuss für Kunst und Kultur.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:

Die Oberbürgermeisterin nimmt an der Abstimmung nicht teil.

**17.3 Antrag der Gruppe Deine Freunde
hier: Umbesetzung Mitgliederversammlung Region Köln/Bonn e.V.
AN/0461/2016**

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt, anstelle von Frau Dr. Christine Kuch, als Vertreter der Stadt Köln Herrn Rainer Kiel, Simrockstr. 55, 50823 Köln in die Mitgliederversammlung des Region Köln/Bonn e.V. zu entsenden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**17.4 Benennung eines Technischen Betriebsleiters der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Bühnen der Stadt Köln
0812/2016**

Beschluss:

Der Rat bestellt Herrn Bernd Streitberger für die Zeit vom 01.05.2016 bis 31.12.2019 als Technischen Betriebsleiter zum Mitglied der Betriebsleitung der Bühnen der Stadt Köln.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:

Diese Angelegenheit wurde wegen des Sachzusammenhangs gemeinsam mit den Punkten

6.1.2 Änderung der Betriebssatzung für die Bühnen der Stadt Köln
3050/2015

und

10.8 Sanierung der Bühnen Köln am Offenbachplatz, Verpflichtungsermächtigungen
0262/2016

Änderungsantrag der SPD-Fraktion
AN/0524/2016

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.
AN/0526/2016

behandelt.

**17.5 Antrag der FDP-Fraktion betreffend Wahl in die Zweckverbandsversammlung Sparkasse KölnBonn
AN/0511/2016**

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt, anstelle von Herrn Walter Wortmann als Vertreter der Stadt Köln Herrn Ulrich Breite in die Zweckverbandsversammlung der Sparkasse KölnBonn zu entsenden. Als Vertreterin von Herrn Breite wird Frau Sylvia Laufenberg in die Zweckverbandsversammlung entsandt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

18 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

18.1 Antrag zum Sonderprogramm des Landes NRW "Hilfen im Städtebau für Kommunen zur Integration von Flüchtlingen" 0611/2016

Beschluss:

Der Rat genehmigt gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 GO NW nachstehende Dringlichkeitsentscheidung der Oberbürgermeisterin und eines Ratsmitgliedes:

Wir beschließen den städtischen Förderantrag zum Sonderprogramm des Landes NRW „Hilfen im Städtebau für Kommunen zur Integration von Flüchtlingen“ und beauftragen die Verwaltung, eine positive Entscheidung vorausgesetzt, die entsprechenden Finanzmittel i. H. v. insg. 2.629.000 €, im Haushaltsplan 2016 / 2017, im Teilplan 0507 Betrieb, Unterhaltung u. Förderung von Bürgerhäusern u. -zentren, im Teilergebnis- und Teilfinanzplan (entsprechend der Detailplanung), zu berücksichtigen, den Eigenanteil der Stadt Köln zu gewährleisten sowie die notwendigen personellen Ressourcen zur Umsetzung des Programms und zur Wahrnehmung der Rolle als Bauherr haushaltsneutral zu sichern.

Ergänzend zum bereits gestellten Förderantrag sollen folgende Maßnahmen realisiert werden:

1. Das Quartiersmanagement in den beiden Bürgerzentren arbeitet mit den bereits vorhandenen bzw. aufzubauenden Strukturen, wie dem Kommunalen Integrationszentrum, den Interkulturellen Zentren, dem Forum für Willkommenskultur und KommAn-NRW eng zusammen und beteiligt sich an der stadtweiten Vernetzung.

2. Die Aufgabenstellung des Quartiersmanagements Bürgerzentrum Alte Feuerwache wird um die Aktivierung des bürgerschaftlichen Engagements unter allen Bewohner/innen der Innenstadt ergänzt.
3. Das Projekt „Gemeinsam.Ehrenfeld.Gestalten“ ist für alle in Köln Ehrenfeld lebenden Flüchtlinge, auch die ohne Aufenthaltsperspektive, zu öffnen.

Die Realisierung dieser Maßnahmen erfolgt unter Beachtung der Förderbestimmungen des Landes und steht somit unter dem Vorbehalt der Förderunschädlichkeit.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

19 -

gez. Henriette Reker
Oberbürgermeisterin

gez. Petra Kramp
Schriftführerin